

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den zweiten Teil der 31. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 2. bis 5. Dezember 1985 in Paris

Während der Tagung vom 2. bis 5. Dezember 1985 in Paris erörterte die Versammlung der WEU Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Bericht des Präsidiums der Versammlung

Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 3), Gansel (S. 3).

Politische Fragen

- WEU und die Strategische Verteidigungsinitiative — der europäische Pfeiler des Atlantischen Bündnisses. Empfehlung 429 (S. 17)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Frhr. Spies von Büllenheim, (S. 14); Berger (S. 19, 24); Gansel (S. 20, 23, 24), Kittelmann (S. 23)

- Entwicklungen in China und die europäische Sicherheit. Empfehlung 427 (S. 20)

Verteidigung

- Abrüstung. Empfehlung 425 (S. 5)

Hierzu sprachen die Abg. Berger (S. 4), Dr. Müller (S. 4)

- WEU und die Strategische Verteidigungsinitiative. Die Strategische Verteidigungsinitiative (Aspekte der Verteidigung). Empfehlung 428 (S. 16)

(Verbundene Aussprache mit den Berichten des Politischen Ausschusses und des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt, soweit sie Verteidigungsfragen betreffen.)

Hierzu sprachen die Abg. Lenzer (S. 7, 15, 16), Berger (S. 9), Gansel (S. 10), Dr. Frhr. Spies von Büllenheim (S. 11, 14),

Reddemann (S. 11), Kittelmann (S. 12), Prof. Dr. Soell (S. 13), Jäger (Wangen) (S. 25)

Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt

- WEU und die Strategische Verteidigungsinitiative — Richtlinien aus dem Kolloquium „Weltraumforschung — Herausforderung für Europa“. Empfehlung 430 (S. 18)

(Siehe auch die gemeinsame Aussprache zum Bericht des Verteidigungsausschusses).

Hierzu sprach Abg. Lenzer (S. 7)

- das Europäische Jagdflugzeug für die neunziger Jahre. Empfehlung 431 (S. 26)

Hierzu sprachen die Abg. Zierer (S. 25), Gansel (S. 26)

Haushalt

- Haushalt der Verwaltungsausgaben der Versammlung 1986. Richtlinie 64 (S. 20)
- Prüfungsbericht über die Ausgaben der Versammlung 1984.
- Stellungnahme zum Haushalt der ministeriellen Organe der WEU 1984 und 1985. Empfehlung 426.

Geschäftsordnung

- Revision und Auslegung der Charta und der Geschäftsordnung der Versammlung.
Hierzu sprachen die Abg. Schulte (Unna) (S. 22), Dr. Frhr. Spies von Büllesheim (S. 22), Dr. Unland (S. 21)

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

- Parlamente, öffentliche Meinung und Verteidigung.
Hierzu sprach Abg. Dr. Enders (S. 27)

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Zur Versammlung sprachen der französische Außenminister Roland Dumas, der italienische Außenminister Giulio Andreotti, der italienische Verteidigungsminister Giovanni Spadolini, der Staatsminister für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs, Baronin Young und der Generalsekretär der WEU Cahen.

Bonn, den 19. Dezember 1985

Dr. Karl Ahrens

Sprecher

Wilfried Böhm (Melsungen)

Stellvertretender Sprecher

2. bis 5. Dezember 1985

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidialausschusses

(Drucksache 1045)

Berichterstatter:

Abg. Reddemann (Bundesrepublik Deutschland)

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Nachdem wir durch die notwendige Unterbrechung der Sitzung und die langwierige Debatte über die Tagesordnung ohnehin viel Zeit verloren haben, möchte ich meinen schon auf Kürze angelegten Kommentar auf fünf Bemerkungen reduzieren.

Erstens. Der Präsidialausschuß unserer Versammlung hat bei aller Skepsis die Erklärung des Ministerrats sehr ernst genommen, die Westeuropäische Union zu revitalisieren. Deshalb suchte er den engeren Kontakt zum Ministerrat, um diese Revitalisierung gemeinsam vorzunehmen. Mein Bericht registriert die entsprechenden Aktivitäten.

Zweitens. Der **Kontakt zum Ministerrat** wurde durch die Kooperationsbereitschaft des damaligen Ministerratsvorsitzenden, des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, außerordentlich gefördert. Die beiden Konferenzen auf Schloß Gymnich erwiesen sich als fruchtbar und sollten Vorbild für weitere Gespräche zwischen dem Ministerrat und der Versammlung sein.

Drittens. Die Bemühungen zur **Revitalisierung** haben das Interesse von dritten Ländern an der **Westeuropäischen Union** maßgeblich gefördert. Nach Portugal sind inzwischen Spanien, Dänemark, und Norwegen der Idee nähergetreten, mit einer tatsächlich zum Leben erweckten Westeuropäischen Union zu kooperieren. Für uns stellt sich somit sehr bald die Aufgabe, darüber nachzudenken, ob weitere Staaten der Westeuropäischen Union beitreten können und unter welchen Bedingungen das möglich ist.

Viertens. Die Haltung des Ministerrats gegenüber der Versammlung läßt befürchten, daß die Minister an dem törichten Satz ihres Kommuniqués von Rom festhalten, demzufolge die Aufgabe dieser Versammlung auf die einer Public-Relations-Agentur reduziert werden soll. Es ist nicht meine Aufgabe, die wachsende Unruhe der Versammlung über diese merkwürdige Haltung der Minister zu artikulieren. Ich möchte jedoch die anwesenden Minister und die anwesenden Mitglieder des Ständigen Rats daran erinnern, daß in dieser Stadt schon mehr als einmal Versuche von Ministern, eine Parlamentarische Versammlung zu gängeln, zu völlig gegenläufigen Entwicklungen geführt haben.

Fünftens. Ich appelliere an uns alle, gemeinsam darüber nachzudenken, ob nicht die Organisation unserer Arbeit und die Art unserer Sprache mit dazu beitragen, viele Ergebnisse unserer langen De-

batten der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Man kann nicht erwarten, daß Texte, die für eine Akademie des 19. Jahrhunderts konzipiert scheinen, Eingang in die Presse unserer Tage finden. Wir sollten daher nicht immer nur die Schuld bei der desinteressierten öffentlichen Meinung, beim Pressereferat, den Ministern oder bei anderen Institutionen suchen, wenn unsere Arbeit weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet. Wir sollten selbstkritisch der Erkenntnis zustimmen, daß es nicht genügt, gute Beschlüsse zu fassen, wir sollten in Zukunft in einer begreifbareren Sprache reden.

Ich hoffe, Herr Präsident, daß mein Freund Blaauw und alle diejenigen, die kritisch darüber nachgedacht haben, daß der Bericht relativ schnell gekommen ist, diese kurzen Kommentare trotzdem positiv entgegennehmen können.

Ich danke Ihnen.

Gansel (SPD) (Original: englisch): Im vierten Absatz seines Berichts spricht Herr Reddemann ein merkwürdiges Phänomen an. Er sagt über den **Präsidialausschuß**: „Er ist jedoch handlungsfähig, da alle Standpunkte in ihm vertreten sind, wenn auch nicht notwendigerweise ausgewogen.“ — Warum ist dies so? Warum ist die Zusammensetzung des Ausschusses nicht notwendigerweise ausgewogen?

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, die ungleichmäßige **Zusammensetzung des Präsidialausschusses** beruht nicht zuletzt darauf, daß die verschiedenen nationalen Delegationen ein Vorschlagsrecht haben, beispielsweise bei der Besetzung des Büros. Diese Vorschläge werden von der Versammlung selbstverständlich akzeptiert. Zum zweiten werden die einzelnen Vorsitzenden der Kommissionen, die dem Präsidialausschuß ebenfalls angehören, durch die Ausschüsse bestimmt. Auch hier kann man nicht nach einem vorher sorgsam ausgewogenen Programm vorgehen. Vielmehr wird hier — das wissen wir alle — sehr stark nach Personen gewählt. Aus diesem Grunde kann durchaus einmal eine ungleichgewichtige Zusammensetzung entstehen. Daher haben wir uns sehr früh entschlossen, dafür zu sorgen, daß alle in dieser Versammlung vertretenen Fraktionen zumindest einen Sitz in dem Gremium haben, damit nicht eine Fraktion von der Arbeit des Präsidialausschusses ausgeschlossen wird. Dies wollte ich in meinem Bericht kurz erwähnen.

Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt:

Abrüstung

Drucksache 1043

Berichterstatter: Blaauw (Niederlande)

(Themen: Internationale Entwicklungen, Verhandlungsforen und Konsultation im Bündnis; zweiseitige Verhandlungen; MBFR; KVAE; Genfer Abrüstungskonferenz; Konferenz für die Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags)

Berger (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den vorliegenden Bericht aus drei Gründen begrüßen.

Erstens. Er ist vor dem Hintergrund der bisherigen Geschichte der Rüstungskontrollbemühungen aktuell.

Zweitens. Er ist ausgewogen im Hinblick auf die möglichen Motive und Gründe für unser immer wieder neues Bemühen um die Sicherheit unserer Völker. Er versteht **Abrüstung und Rüstungskontrolle** als das, was sie nur sein können und auch sein müssen, nämlich als Teil einer übergeordneten Sicherheitspolitik.

Drittens. Dieser Bericht enthält Empfehlungen, die in realistischer Einschätzung der Möglichkeiten geeignet sind, unsere Anstrengungen wirklich voranzubringen, Sicherheit mit weniger Waffen und nicht mit mehr Waffen zu finden.

Ich möchte einige wenige Bemerkungen zu dem Bericht machen. Er spricht an einer Stelle von der Bedeutung einer **abgestimmten europäischen Haltung**. Wir haben heute in vielen Redebeiträgen und auch jetzt wieder zu dem Bericht gehört, daß es diese abgestimmte europäische Haltung auch im Rahmen der Westeuropäischen Union zu allen wichtigen Fragen der Sicherheitspolitik und der Rüstungskontrollpolitik nicht gibt. Auch ich glaube in der Tat, daß hier ein weites Feld zu bestellen ist und daß wir hier dringend bessere Ergebnisse brauchen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Es darf nicht weiterhin so bleiben, daß europäische Deklarationen und die Taten so drastisch auseinanderklaffen.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, bezieht sich auf die Passagen, die im Hinblick auf die **chemischen Waffen** aus der Genfer Erklärung zitiert wurden. Dort wird wie in der Genfer Erklärung betont, daß es darum gehe, daß chemische Waffen weltweit und vollständig, natürlich verifiziert, abgerüstet werden müssen. Meine Regierung hat sich bei den Bemühungen um einen Durchbruch bei diesem Problem im Genfer Abrüstungsausschuß von niemandem übertreffen lassen. Chemische Waffen können nach meiner Einschätzung weder dazu dienen, einen Krieg zu führen, noch ihn verhindern; sie sind als Mittel moderner Sicherheitspolitik faktisch obsolet. Dennoch gibt es diese Geißel der Menschheit. Daher begrüße ich es, daß der Bericht von Genf und auch der Bericht heute, den wir hier diskutieren, diese Problematik anspricht. Ich möchte aber in Erinnerung rufen, daß der einseitige Verzicht der Vereinigten Staaten von Amerika von 1969, diese Waffen selbst zu produzieren, nicht dazu geführt hat, daß etwa auf der anderen Seite von der Sowjetunion ihrerseits auf diese Waffen verzichtet worden wäre, sei es auch nur auf deren Nachrüstung. Daher müssen wir darauf bestehen, daß diese chemischen Waffen weltweit abgerüstet, weltweit vernichtet und beseitigt werden und dies auch entsprechend verifiziert werden muß.

Im übrigen wird bei dieser Gelegenheit deutlich allen Bemühungen eine Absage erteilt, dies etwa nur

auf regionaler Ebene durchführen zu wollen. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß das Bemühen um regionale Abschlüsse hier nicht förderlich ist, sondern im Gegenteil sogar schwierige Probleme im Detail darstellt und deshalb das Bemühen um die weltweite Abrüstung auch behindern könnte.

Lassen Sie mich als zweites Detail hier kurz den Vorschlag ansprechen, die atomaren, insbesondere die **strategischen Waffen** um 50 % zu verringern. Ich glaube, es ist wirklich zu begrüßen, daß die Sowjetunion im Vorfeld des Genfer Gipfels erstmals überhaupt ihrerseits einen Vorschlag dieser Art, der seit Jahren von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgebracht worden ist, aufgreift und zu einer nennenswerten Verringerung ihres Waffenarsenals bereit scheint. Dies ist noch nicht der Durchbruch, aber es signalisiert vielleicht den Durchbruch. Insofern glaube ich, daß wir uns an dieses Thema wirklich klammern müssen und daß hier intensiv weiter verhandelt werden muß und wir von uns aus den Appell schon an beide Seiten richten müssen, hierüber nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Ich möchte auf ein Detail hinweisen. Wir können als Europäer die sowjetische Zählweise bei diesem Vorschlag nicht akzeptieren, daß nur die Waffen, die die Sowjetunion erreichen, strategischer Natur seien, während andererseits nur diejenigen sowjetischen Waffen strategischer Natur seien, die die Vereinigten Staaten von Amerika erreichen könnten. Denn wir werden von den SS 20 und anderen Waffen mittlerer und kurzer Reichweite bedroht, und die haben für uns den gleichen Charakter wie die entsprechend anderen Waffen aus sowjetischer Sicht. Wir müssen darauf drängen, daß auch dieser INF-Bereich entsprechend berücksichtigt wird.

Vielen Dank, Herr Präsident.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Weg zu den beiden großen Kriegen dieses Jahrhunderts, dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, ist gepflastert mit Abrüstungskonferenzen, die diesen Kriegen jeweils vorausgingen. Dies macht bereits deutlich, wie problematisch es ist, sich mit Fragen der **Abrüstung** auseinanderzusetzen. Denn der gute Wille, der von vielen Seiten bei solchen Konferenzen investiert wird, ist nicht immer und bei allen in dem erwünschten Maße vorhanden. Ich erinnere mich noch sehr gut an eine der ersten großen außenpolitischen Erklärungen, die der neue Reichskanzler Adolf Hitler am 14. Mai 1933 im Deutschen Reichstag abgegeben hat, an seine meist süffisanten Bemerkungen über die Abrüstungskonferenzen, die damals im Rahmen des Völkerbundes abgehalten worden sind. Trotzdem, ich glaube, Gespräche über Abrüstung sind notwendig.

Wir haben heute die Sicherheit in Europa vor allem auf einem Gleichgewicht des Schreckens aufgebaut. Schon das Wort sagt deutlich, daß dies keine angenehme Situation ist, wenngleich wir gern zugeben, daß es eben dieser Schrecken war, der uns den Frieden erhalten hat. Wenn wir also zur Abrüstung kommen wollen, dann müssen wir zu einer gleichgewichtigen Abrüstung in Ost und West kommen,

zu einer Abrüstung, die verifiziert und kontrolliert werden kann. Alles andere würde nur zu neuen Illusionen führen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß allein schon das Gespräch und der Kampf um die Abrüstung ein Bestandteil des internationalen Konfliktes sind. Ich erinnere nur daran, daß die andere Seite unmittelbar vor der Verwirklichung des **NATO-Doppelbeschlusses** in einer Art verdeckten Krieges versucht hat, die Durchführung dieses NATO-Doppelbeschlusses in einigen Mitgliedsländern der NATO zu verhindern. Es wurden breite „Volksbewegungen“ initiiert. Es wurde alles versucht, um den Prozeß zu stören, der das Gleichgewicht aufrechterhalten sollte. Ich denke nur an mein eigenes Land, an die Niederlande oder an skandinavische Länder.

Dies zeigt, daß der Begriff der Abrüstung mit großer Vorsicht gesehen werden muß und nicht etwa mit despektierlichen Zwischenrufen wie „Quatsch“ oder ähnlich gekennzeichnet werden kann. Wer solche Zwischenrufe macht, versteht von der Materie im Grunde genommen überhaupt nichts.

Die uns nach dem NATO-Doppelbeschluß angekündigte „Eiszeit“ ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, es hat sich eine neue Initiative zur Abrüstung entwickelt. Das zeigt: Das Festhalten an Beschlüssen und an einer Politik des Gleichgewichts ist dem Frieden dienlicher als aufgeben und aussteigen.

Das Spitzengespräch, das am 20. und 21. November zwischen Gorbatschow und Reagan stattfand und dem weitere, angekündigte Spitzentreffen in den Jahren 1986 und 1987 folgen werden, zeigt, daß das Eis gebrochen wird. Natürlich war das Gipfeltreffen in erster Linie ein Medienspektakel. Wenn es aber einem guten Zweck dient, warum dann kein Medienspektakel?

Das Entscheidende wird jetzt die Kleinarbeit in den Verhandlungen sein, wo immer sie stattfinden, nicht nur in Genf, sondern genauso im Rahmen der KSZE, in Stockholm, oder der MBFR-Verhandlungen in Wien. Ich glaube, es wird notwendig sein, dort die Klein- und Filigranarbeit zu leisten, um wirklich einen Schritt vorwärts zu kommen.

Wir wissen, daß wir zu viele Kernwaffen auf der Welt haben. Es müssen weniger werden. Die NATO hat dazu ja schon vor ein paar Jahren durch einseitige Vorleistungen einen positiven Schritt beigetragen. Wir kennen die Probleme um die chemischen Waffen, die verschwinden müssen, und wir müssen uns vor allem darüber im klaren sein, daß alle Verhandlungen über Abrüstung dem Problem der weltweiten Abrüstung gelten müssen. Ich glaube, es dient der Sache nicht, die weltweiten Abrüstungsverhandlungen zu unterlaufen durch einseitige regionale Vereinbarungen über chemiewaffenfreie oder **atomwaffenfreie Zonen**. Das sind für eine wirkliche Abrüstungspolitik Störelemente, etwas, was mit dem großen Ziel der Abrüstung nichts zu tun hat.

Ich möchte dem amerikanischen Präsidenten dafür danken, daß er unmittelbar nach seinem Gespräch

mit Herrn Gorbatschow die NATO-Verbündeten ebenso informiert hat, wie dieser das in seinem Bereich getan hat. Damit hat Präsident Reagan deutlich gemacht, daß nur enge Kontakte und Gespräche zwischen den Verbündeten sowie ständige Information eine Garantie dafür bilden können, daß auf dem Weg zur Abrüstung alle an einem Strang ziehen.

Was die parlamentarische Seite betrifft, so möchte ich unterstreichen, daß die Rolle der WEU-Versammlung als des Gremiums, das diese Fragen hier in Europa bereits seit Jahren kommentierend und initiiierend begleitet hat, auch in Zukunft erhalten bleiben muß. Und wir selber sollten den Mut haben, uns in diesen Fragen so weit wie möglich zu engagieren.

Empfehlung 425

betr. Abrüstung

Die Versammlung

- (i) begrüßt den positiven Neubeginn in den bilateralen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion als Ergebnis des Genfer Gipfeltreffens vom 19. bis 21. November 1985, die Vereinbarung, weitere Gipfeltreffen sowie Treffen auf Minister- und Expertenebene über verschiedene Fragen zu veranstalten, sowie die in der Gemeinsamen Erklärung enthaltenen konstruktiven Bezugnahmen auf die meisten Rüstungskontrollfragen, einschließlich des Prinzips einer 50prozentigen Verringerung der Kernwaffen, eines allgemeinen und vollständigen Verbots chemischer Waffen und des Gedankens einer INF-Zwischenvereinbarung, nimmt jedoch das Fehlen konkreter Vereinbarungen zur Kenntnis;
- (ii) berücksichtigt den derzeitigen Stand der Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenverminderungen in Wien, der Konferenz über Abrüstung in Europa in Stockholm, der Genfer Abrüstungskonferenz sowie der bilateralen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf;
- (iii) berücksichtigt die Schlußfolgerungen der Dritten Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages, die in Genf stattfand;
- (iv) unterstreicht die Bedeutung einer abgestimmten europäischen Haltung zu allen Verhandlungsgegenständen dieser Gremien, um sicherzustellen, daß den Erfordernissen der europäischen Sicherheit entsprechendes Gewicht beigemessen wird;

empfiehlt dem Rat,

1. sicherzustellen, daß durch die Konsultationsmechanismen und ihre Anwendung innerhalb der NATO den Positionen der europäischen Verbündeten in bezug auf alle Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen volle Bedeutung beigemessen wird;

2. in Fällen, in denen die Regierung eines Mitgliedslandes der Meinung ist, daß der europäische Standpunkt in der NATO nicht genügend berücksichtigt wird oder daß eine Frage im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit nicht erörtert werden konnte, selbst Vorbesprechungen über Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen durchzuführen;
3. die Vereinigten Staaten aufzufordern, die jüngsten Vorschläge der Sowjetunion in den bilateralen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen mit größter Sorgfalt zu prüfen, sowie den baldigen Abschluß einer Zwischenvereinbarung über INF-Systeme anzustreben, in der die Anzahl der in Europa stationierten US-Systeme und vergleichbarer sowjetischer Systeme auf dem mit den Interessen der Bündnissicherheit zu vereinbarenden niedrigsten Stand festgelegt wird;
4. die Teilnehmerstaaten an den Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen aufzufordern, sich mit Nachdruck für den baldigen Abschluß eines Abkommens über die erste Phase einzusetzen, wobei die uneingeschränkte Verifizierung der Truppenabzüge eine vorherige Einigung über Daten erübrigen könnte, wie im Bericht des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen dargelegt wurde;
5. a) den Warschauer Pakt dringend aufzufordern, bis zum Abschluß eines Übereinkommens im Rahmen der Konferenz über Abrüstung in Europa über verbesserte, verbindliche vertrauensbildende Maßnahmen Beobachter aus NATO-Ländern entsprechend den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki regelmäßig zu Manövern einzuladen;
- b) die Agentur zur Untersuchung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen anzuweisen, die im Rahmen der Konferenz über Abrüstung in Europa auszuhandelnden Vereinbarungen über Verifizierungsmaßnahmen und Beobachter zu prüfen und die Aktivitäten von Beobachtern aus WEU-Mitgliedsländern, die zu Manövern des Warschauer Paktes eingeladen werden, zu koordinieren;
6. a) die Teilnehmerländer an der Konferenz über Abrüstung dringend aufzufordern, der umgehenden Aushandlung von Verträgen über ein Verbot chemischer Waffen und aller Nukleartests Priorität einzuräumen;
- b) die Sowjetunion dringend aufzufordern, die Einladung der Vereinigten Staaten anzunehmen, US-Kernexplosionstests zu beobachten, mit dem Ziel, verlässliche seismische Kalibrierungsdaten zu ermitteln, und ferner die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten dringend aufzufordern, den Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche und den Vertrag über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken zu ratifizieren;
7. a) die Kernwaffenstaaten, und vor allem die beiden mächtigsten aufzufordern, so bald wie möglich, entsprechend der Erklärung des Gipfeltreffens zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow, Vorkehrungen für bedeutende und substantielle Verringerungen ihrer Kernwaffen zu treffen, wodurch der wünschenswerte Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag für viele Länder, die den Vertrag noch nicht unterzeichnet haben, erleichtert würde;
- b) alle Mitgliedsländer der IAEA dringend aufzufordern, die Sicherungsmaßnahmen der Behörde weiter zu verbessern und internationale Regelungen für die Plutoniumlagerung und die Beseitigung abgebrannter Brennelemente zu vereinbaren;
- c) alle Vertragsparteien der Londoner Richtlinien der Nuklearlieferländer für Transfers von Nuklearprodukten dringend aufzufordern, die Zusammenarbeit fortzusetzen und die Anwendung der Richtlinien zu verbessern;
- d) die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, darauf zu bestehen, daß vor der Erteilung von Exportgenehmigungen für Nuklearmaterial oder -anlagen, die für friedliche Zwecke bestimmt sind, die Sicherungsmaßnahmen der IAEA auf alle Arten von Nuklearmaterial und -anlagen in den Empfängerländern uneingeschränkt angewendet werden.

Tagesordnungspunkt:

WEU und die Strategische Verteidigungsinitiative

1. Die Strategische Verteidigungsinitiative (Aspekte der Verteidigung)

(Drucksache 1033)

Berichterstatter des Verteidigungsausschusses:
Abg. van den Bergh (Niederlande)

(Themen: Geschichte der Verteidigung gegen ballistische Raketen; SDI und Rüstungskontrolle; der europäische Standpunkt; das Angebot der USA für eine europäische Beteiligung an SDI; — Standpunkt der WEU)

2. Der europäische Pfeiler des Bündnisses

(Drucksache 1034)

Berichterstatter des Politischen Ausschusses:
Abg. Berrier (Frankreich)

(Themen: Das Atlantische Bündnis und die Verteidigung Europas; Europa und die Strategische Verteidigungsinitiative Präsident Reagans; die Wiederbelebung der WEU; Verstärkung der institutionellen Verbindungen zwischen der Versammlung und anderen Organen der WEU)

3. Richtlinien aus dem Kolloquium „Weltraumforschung — Herausforderung für Europa“

(Drucksache 1036)

Berichterstatte des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt: Abg. Lenzer (Bundesrepublik Deutschland)

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen des Wissenschaftsausschusses der Westeuropäischen Union möchte ich unseren Beitrag zu dem Gesamthema **SDI** dadurch leisten, daß ich Ihnen die Ergebnisse eines Kolloquiums vortrage, welches unser Ausschuß vom 18. bis 20. September dieses Jahres in München mit namhaften Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft durchgeführt hat.

Nachdem aber die beiden Kollegen Berichterstatte vor mir ihre Berichterstattung mit einer kleinen Vorbemerkung eingeleitet haben, gestatten Sie mir, das ebenfalls zu tun. Ich möchte sagen, daß die Abgeordneten aus den nationalen Delegationen nicht dafür bezahlt werden, daß sie sich gegenseitig die Stimmung verderben, sondern dafür, daß sie wahrheitsgemäß, sauber und seriös, an Fakten orientiert, diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen mit großer Freude berichten, daß dieses **Kolloquium in München** auch in der Öffentlichkeit auf großes Interesse gestoßen ist. Wir hatten eine Fülle von externem Sachverstand dort organisiert, und ich glaube, wir Politiker haben eine ganze Menge aus diesem Kolloquium lernen können. Es waren allein drei Minister der Mitgliedstaaten und eine Fülle von weiteren namhaften Regierungsvertretern anwesend, die auch in sehr offener und herzerfrischender Weise ihre Positionen, auch kontroverse und abweichende Positionen, vorgetragen haben. Dies hat die allgemeine Diskussion befruchtet. Wie gesagt, wir haben dadurch eine Fülle gelernt.

Ich möchte mich zunächst einmal bei all denjenigen bedanken, die zur Organisation dieses Kolloquiums, einer wirklich großen Veranstaltung, beigetragen haben. Sie war mit großen Schwierigkeiten verbunden. Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich in erster Linie den Teilnehmern danke, vor allem den Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch aus der Politik, die sich dorthin bemüht haben. Aber ich möchte auch der Verwaltung der WEU danken, dem Ausschußsekretariat und nicht zuletzt auch den Dolmetschern, die bei diesen tropischen Temperaturen — wir hatten ein hervorragendes Wetter in München; auch die äußeren Bedingungen, das Atmosphärische ist bei einer solchen Zusammenkunft wichtig — eine große Leistung vollbracht haben. Ich bedanke mich auch beim Deutschen Bundestag und bei der Bayerischen Staatsregierung. Herr Ministerpräsident Strauß selbst hat es sich nicht nehmen lassen, zur Eröffnungsveranstaltung zu kommen und eine Rede zu halten.

Meine Damen und Herren, der Weltraum kennt keine Grenzen. Er liefert deswegen wie kaum eine andere Spitzentechnik den Zwang zur internationa-

len Kooperation, was natürlich nicht heißen soll, daß nicht auch eine gewisse nationale Grundlast, ein gewisses nationales Programm parallel laufen muß und auch wünschenswert ist. Natürlich ist der Zugang zum Weltraum, natürlich ist die **Weltraumtechnik** keine billige Veranstaltung. Sie ist teuer, sie ist technisch anspruchsvoll. Aber gerade weil sie technisch anspruchsvoll ist, ist sie wie nur wenige andere Schlüsseltechnologien in der Lage, weite Bereiche der Technik zu befruchten und zu stimulieren.

Der Weltraum gewinnt an Bedeutung. Die Weltraumtechnik ist jetzt vielleicht in die Rolle geschlüpft, die früher einmal die friedliche Nutzung der Kernenergie hatte. Das war einmal der Schwerpunkt in der technisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Wir haben auf Grund dieses Kolloquiums den Eindruck, daß die Energiefragen, die im Moment geregelt erscheinen — was sich natürlich schnell ändern kann —, zurücktreten und daß in ihre Stelle die Weltraumtechnik tritt.

Natürlich macht es die Dinge einfacher, wenn man mit spektakulären Ereignissen aufwarten kann. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die deutsche D-1-Mission, die ein großes Ausmaß an öffentlicher Zustimmung gefunden hat, oder an die Arbeiten in der amerikanischen Raumfähre Atlantis, wo es zum erstenmal gelungen ist, daß zwei Astronauten, nur an einer Leine befestigt, im Weltraum ein Gerüst aufgebaut haben; eine wichtige Voraussetzung für die Teilnahme Europas an der bemannten amerikanischen Raumstation.

Im Januar 1985 ist hier in Europa vielleicht der entscheidende Durchbruch mit der Sitzung des Ministerrats der ESA in Rom gelungen. Ich möchte mich im Namen aller unserer Kollegen aus dem Wissenschaftsausschuß — und sicherlich spreche ich hier auch im Namen der überwiegenden Mehrheit der Anwesenden — bei dem Ministerrat für diese Bemühungen bedanken. Es ist zum erstenmal seit vielen Jahren gelungen, die Stagnation in der Organisation der europäischen Weltraumforschung und -technik zu überwinden. Zum erstenmal ist man bei einer Zukunftsperspektive angelangt.

Europa arbeitet seit geraumer Zeit im Weltraum. Aufgeschreckt durch den 1957 hochgeschossenen russischen Satelliten Sputnik hatten die Amerikaner eine Art Crash-Programm verfügt. Die Europäer haben viel Lehrgeld zahlen müssen. Ich denke an die Gründung der ESRO 1959 und der ELDO, die einen europäischen Träger entwickelte, sowie die unrühmlichen Erfahrungen, die wir mit der Europarakete gemacht haben. Aber ich glaube, das hat niemanden entmutigt, und das war auch gut so. Jeder, der sich an eine schwierige Spitzentechnologie begibt, muß am Anfang einfach Lehrgeld zahlen. Das ist auch unseren amerikanischen Freunden nicht anders gegangen.

1975 wurde mit der Gründung der europäischen Weltraumorganisation European Space Agency ein entscheidender Durchbruch erreicht. Vielleicht kann ich aus dem Kolloquium ein Fazit ziehen, indem ich auf die Frage eingehe: Warum beteiligen

wir uns überhaupt an der Weltraumforschung? Warum wird dafür soviel Geld ausgegeben? Manche Leute sind ja der Auffassung, daß es auf der Erde noch genug Probleme gebe. Das ist alles richtig. Aber das verdient natürlich keine alternative Betrachtung. Es beweist nur eine Kurzsichtigkeit, wenn man etwa die einzelnen Probleme miteinander saldiert.

Wir engagieren uns im Weltraum, weil wir der Meinung sind, daß die Weltraumforschung eine wichtige Grundlagenforschung ist, daß sie eine stimulierende Wirkung für die Industriestrukturpolitik und für das gesamte Management komplexer Systeme hat und daß neue, wichtige wirtschaftliche Felder erschlossen werden, neue Produkte entwickelt werden können und neue Dienstleistungen entstehen. Wenn man allein daran denkt, wie die Entwicklung der Satellitentechnik fortgeschritten ist, vom Bereich der Telekommunikation bis zur Erdbeobachtung, sieht man, was für ein Potential sich dort erschließt, bis hin zur Sicherheitspolitik und zur Nutzung des Weltraums auch für Verteidigungszwecke.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einmal auf die nach meiner tiefsten Überzeugung törichte Auffassung zu sprechen kommen, daß man die zivilen Projekte und die militärischen Projekte in verschiedene Schubladen packen könnte. Ich tue das, indem ich einen unverdächtigen wissenschaftlichen Zeugen bemühe. Es ist der Chef des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Herr Professor Karl Kaiser, den ich zitieren darf. Er sagt: Das nukleare Abschreckungssystem der beiden Weltmächte ist teilweise weltraumgestützt. Das Rückgrat der Kernwaffenmacht bilden die Interkontinentalraketen, die den Weltraum benutzen; beide Mächte betreiben Satelliten zur Warnung, als Leitsysteme und zur ständigen Beobachtung der anderen Seite. Aber auch für konventionelle Kriegsführung wird der Weltraum bedeutender. Schon heute ist die militärische Kommunikation der Vereinigten Staaten und die der NATO zu einem erheblichen Teil satellitengestützt. Es ist davon auszugehen, daß mit der Weiterentwicklung der militärischen Technik zunehmend auf satellitengestützte Kommunikation zurückgegriffen wird bis hin zu neuen Formen des „battle management“. Sollte aus der Strategischen Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten einmal in ferner Zukunft Wirklichkeit werden — dies ist vorläufig technisch wie politisch offen —, so würde in der sicherheitspolitischen Nutzung des Weltraums ein qualitativer wie quantitativer Sprung eintreten. Davon ausgehend, daß beide Seiten ein solches Schutzsystem einrichten, würde dies bedeuten, daß beide Weltmächte über dem Territorium des anderen in verschiedenen Umlaufbahnen eine Vielzahl von „battle stations“ und Beobachtungssatelliten platzieren würden, die in der Lage wären, in Sekundenschnelle Informationen zu verarbeiten, Entscheidungen zu treffen und gegnerische Raketen vom Start bis zum Wiedereintritt in die Erdatmosphäre mit mehreren Kampfmethoden zu vernichten.

Er fährt fort: Weltraumgestützte Technologie ist jedoch auch das wichtigste und deshalb unentbehrliche Mittel zur Überwachung von Abrüstungsabkommen geworden. Beobachtungssatelliten dienen beiden Mächten als Hauptinstrument, um über dem Territorium der Gegenseite Beobachtungen durchzuführen und darüber zu wachen, ob die getroffenen Rüstungskontroll- bzw. Abrüstungsvereinbarungen eingehalten werden und welche neuen Entwicklungen dort stattfinden, z. B. bei neuen Waffensystemen. Weltraumgestützte Satelliten sind deshalb unverzichtbarer Bestandteil der nuklearen Stabilität, der die Welt den Frieden der letzten Jahrzehnte verdankt.

Er schließt: Innerhalb des Westens sind nur die Vereinigten Staaten in der Lage, relevante Informationen über die Gegenseite mittels Satelliten zu sammeln. Die Verbündeten Amerikas sind deshalb auch ausschließlich von amerikanischen Daten und der amerikanischen Bereitschaft zu ihrer Offenlegung abhängig. Die Vereinigten Staaten können die internationale Diskussion durch gezielte Informationspolitik beeinflussen; sie sind Subjekt, die Europäer Objekt. Zwar wird Europa durch die waffentechnischen und militärischen Entwicklungen der Sowjetunion direkt beeinflusst, jedoch hat es keine Möglichkeit, eigene Daten zu sammeln, wenngleich es auf diesem Gebiet ein zunehmendes Potential entwickelt.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Nachsicht, daß ich dieses lange Zitat gebracht habe. Aber ich glaube, manchmal ist es besser, als weitschweifig und blumig irgendwelche Ausführungen zu machen, einen Wissenschaftler oder einen anderen Experten zu Wort kommen zu lassen, der sich genau zum Punkt mit einer seltenen Klarheit der Sprache äußert.

Ein Wort aus der Sicht unseres Ausschusses zu SDI: Dieses Thema hat natürlich auch bei dem Münchener Kolloquium eine außergewöhnlich dominierende Rolle gespielt, wie meistens die Aktualität längerfristige Fragen überlagert. Wir sind dort durchaus in der Lage gewesen, die unterschiedlichen Positionen herauszuarbeiten, die auch innerhalb der verschiedenen Mitgliedstaaten vorhanden sind. Trotzdem sind wir der Meinung, daß es sehr wichtig wäre, auf dieses Angebot des amerikanischen Präsidenten in Europa eine einheitliche Antwort zu finden.

Wir wissen, daß es sich zunächst um ein Forschungsprogramm handelt. Wir gehen davon aus, daß dieses Forschungsprogramm mit dem ABM-Vertrag kompatibel ist. Wir wissen auch, daß, wenn 26 Milliarden US-Dollar bis zum Jahre 1990 ausgegeben würden, selbst wenn man davon ausgeht, daß es kleine Abstriche geben wird, damit ein erheblicher technologischer Spin-off verbunden ist. Das bedeutet nicht, daß die Staaten Geld des Steuerzahlers in die Hand nehmen müssen, aber schon heute zeigt es sich, daß es auf der Ebene der Industrie zu einer Fülle von Kooperationen kommt. Ich bin vor einigen Tagen bei einer anderen Gelegenheit in Washington gewesen und habe mich mit diesem und

auch dem Thema des Technologietransfers beschäftigt. Dort wurde bereits festgestellt, daß vom SDIO bereits jetzt etwa 800 einzelne Kontrakte mit verschiedenen Industrieunternehmen abgeschlossen worden sind, und da ist sicherlich die Frage erlaubt, ob sich die Staaten, in denen diese Unternehmungen tätig sind, in Sachen Patentrecht, Geheimschutz, Technologietransfer in gleichberechtigter Partnerschaft in Form von Abkommen miteinander verständigen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß ein deutliches Wort zu der oft alternativ geführten Debatte zum Verhältnis zwischen SDI und Eureka sagen. Es ist unzutreffend, wenn ein Gegensatz konstruiert wird. Eureka hat mit SDI überhaupt nichts zu tun. Bei Eureka handelt es sich, wie wir jetzt nach der Konferenz in Hannover wissen, um die Bündelung der europäischen Forschungspotentiale, die es nach dem Motto: Wer am besten kann, der arbeitet an einer bestimmten Technik mit, ermöglichen sollen, sich zusammenzuschließen, um wettbewerbsfähig zu werden, um gegenüber den Japanern und gegenüber den USA zu bestehen.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß darf ich auf den Empfehlungsentwurf hinweisen. Er geht zunächst von der Konzipierung eines umfassenden Raumfahrtprogramms aus; dagegen kann kaum jemand etwas einwenden. Er fordert die Mitgliedstaaten auf, den Unternehmungen dabei Hilfestellung zu leisten, die dafür notwendigen industriellen Strukturen zu schaffen. Ich habe das Gefühl, wenn ich an mein Heimatland, die Bundesrepublik Deutschland denke, daß das auch ohne staatliche Hilfe oder manchmal mit den Überredungskünsten eines bestimmten Ministerpräsidenten schon sehr große Erfolge gezeitigt hat, wobei das nicht überall zur Nachahmung empfohlen werden muß.

Im übrigen kann ich es mir im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit schenken, die einzelnen Punkte noch einmal besonders herauszuarbeiten. Daß wir in diesem Ausschuß ein hohes Maß an Einmütigkeit haben, mögen Sie aus der Tatsache ersehen, daß dieser Empfehlungsentwurf in der Verantwortung des Ausschusses ohne Gegenstimmen bei einigen wenigen Enthaltungen verabschiedet worden ist. Ich würde mich sehr freuen, wenn er auch hier heute Ihre breite Zustimmung fände.

Herzlichen Dank.

Berger (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht van den Bergh gibt mir Gelegenheit, ein paar Grundsätze zur **Strategischen Verteidigungsinitiative** vorzutragen.

Es gibt immer noch Leute, die reden und verhalten sich so, als könnte man diese Strategische Verteidigungsinitiative anhalten. Ich möchte betonen: Das können wir nicht. Das hat auch Herr Gorbatschow nicht gekonnt. Ich vermute, selbst der amerikanische Präsident könnte dies nicht mehr, es sei denn, im Laufe dieses Forschungsprogramms würde die Unmöglichkeit nachgewiesen, die angestrebten Ziele auf diese Weise zu verwirklichen. Es ist an der

Zeit, daß wir Europäer uns darauf einstellen. Ich meine, wir alle sollten uns darauf einstellen.

Die Strategische Verteidigungsinitiative — das ist heute vom ersten Redner der Debatte gesagt worden — ist noch ein kleines Kind. Aber dieses Kind steht inzwischen auf zwei Beinen und hat laufen gelernt, und wir Europäer dürfen nicht zulassen, daß es uns etwa davonliefe. Diese Initiative findet statt, und wir sind von ihr betroffen. Europa hat deswegen an der laufenden Forschung und ihren Ergebnissen ein vitales Interesse.

Die angestrebten Forschungsziele würden die militärpolitische Lage des westlichen Verteidigungsbündnisses insgesamt und auch seine Strategie verändern. Über die Anwendung der Forschungsergebnisse müßte daher im Bündnis, dessen Ziel die Kriegsverhinderung und die Wahrung der eigenen Souveränität mit möglichst wenig Waffen bleibt, gemeinsam entschieden werden.

Werden die anvisierten SDI-Systeme kosteneffektiv und überlebensfähig sein — das sind auch die Kriterien, die die Amerikaner selbst für die Verwirklichung dieser Initiative aufgestellt haben —, dann kann die Strategische Verteidigungsinitiative nicht zu einem neuen Rüstungswettlauf führen. Das wäre unlogisch. Sie führte im Gegenteil zur Umstellung der zur Zeit bestehenden, durch offensive Atomwaffen produzierten Abschreckung auf eine Kriegsverhinderung durch wechselseitig gesicherte Verteidigungsfähigkeit bei gesamtstrategischer Stabilität. Dazu ist allerdings eine Kooperation der beiden Supermächte erforderlich, die über den bisherigen Rahmen der Rüstungskontrollgespräche hinausgeht. Dabei sollten die beiderseitigen Forschungen auf dem Gebiet der Raketenabwehrsysteme und Anti-Satelliten-Systeme in kooperative Lösungen einmünden.

Der Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen (**ABM-Vertrag**) läßt Forschungsarbeiten dieser Art zu. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjetunion seit langem neue Technologien erforscht, die zur Raketenabwehr benutzt werden können. Darüber hinaus verfügt die Sowjetunion über das einzige funktionsfähige ABM-System und modernisiert es.

Forschung im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiativen des amerikanischen Präsidenten ist deshalb gerechtfertigt. Der amerikanische Präsident hat in diesem Zusammenhang eine restriktive Interpretation des ABM-Vertrages zugesagt.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die Sowjetunion seit dem Abschluß des ABM-Vertrages ihr strategisches Potential verdreifacht hat, sowohl was die Zahl der Gefechtsköpfe angeht als auch deren Wurfgewicht, und daß die Sowjetunion seit Abschluß dieses Vertrages eine völlig neue Waffenkategorie gegen Europa installiert hat, die insbesondere unsere Sicherheit bedroht mit dem Ziel, das Bündnis spalten zu können.

Gewiß, selbst bei vollem Erfolg der SDI-Forschung werden mit ihrer Hilfe nicht alle Sicherheitsfragen

gelöst werden können. Andere, bisher von den atomaren Fragen überlagerte Probleme könnten ein stärkeres Gewicht erhalten. Dabei müßte bedacht werden, daß Europa und die amerikanischen Bündnispartner von einem zum großen Teil unterschiedlichen Spektrum der Waffensysteme bedroht sind.

Europa müßte zusammen mit SDI und in Ergänzung dazu seine spezifischen militärischen Sicherheitsprobleme lösen, die zum Beispiel auf die Bedrohung seitens des Warschauer Paktes durch Mittel- und Kurzstreckensysteme, durch zahlenmäßig überlegene Luftstreitkräfte auf hohem qualitativen Niveau und durch die mehrfache Überlegenheit an konventionellen Landstreitkräften, die zudem für den Angriff optimiert sind, zurückzuführen sind.

Dies wird besser gelingen, wenn die Europäer auf die Forschungsziele und Inhalte der Strategischen Verteidigungsinitiative Einfluß gewinnen und über deren Ergebnisse verfügen können. Und deshalb meine ich, muß sich Europa nach Möglichkeit ganz und einheitlich an dieser SDI-Forschung beteiligen, und zwar unter einem politischen Dach; dies auch zum Schutz der europäischen Institute und unserer Industrie.

Diese Versammlung hier sollte darauf hinwirken, daß die europäische Beteiligung an SDI auf europäischer Ebene abgestimmt wird. Europa muß im Zusammenhang mit dieser Initiative seine Interessen definieren und seine Probleme möglichst gemeinsam lösen. So gesehen ist SDI auch eine Herausforderung für die Einigung Europas.

Vielen Dank, Herr Präsident.

Gansel (SPD): Herr Vorsitzender, unser Kollege van den Bergh hat einen guten Bericht vorgelegt, und er hat einen guten Vorschlag für eine sehr allgemeine Empfehlung gemacht, die durchaus in dieser Versammlung hätte konsensfähig sein können. Nun hat der ehrenwerte Kollege Hill, der ja auch Sprecher einer Gruppe ist, eine ganze Reihe Amendments vorgelegt, die zu einer sehr detaillierten Befürwortung von SDI führen. Andere wie ich haben sich genötigt gesehen, darauf sehr detaillierte Amendments zur Ablehnung von SDI vorzuschlagen. Ich fühle mich dabei nicht sehr wohl, weil ich glaube, daß diese Versammlung, wie immer das Abstimmungsergebnis sein wird, ihre eigene Bedeutung überschätzt, wenn sie meint, sie könnte zu SDI konkrete, detaillierte Empfehlungen verabschieden, in einer Situation, in der die Regierungen der WEU-Staaten bewiesen haben, daß sie unfähig sind, überhaupt in irgendeiner Weise gemeinsam auf das Angebot des amerikanischen Verbündeten zu antworten.

Hier ist viel über die Reaktivierung der WEU geredet worden. SDI war dafür eine Chance. Der Beschluß der Ministervertreter in Bonn im April dieses Jahres schien diese Chance zu nutzen. Diese Chance ist inzwischen vertan worden, und wir werden auf die nächste wieder warten müssen.

Herr Vorsitzender, ich bin verwundert, weil wir nicht wenigstens Fragen stellen, vor allem die ent-

scheidende Frage nicht stellen, die meines Erachtens darin besteht, zu ergründen, was als Motiv und Ziel hinter der amerikanischen Politik zu SDI steht. Warum hat unser Verbündeter nach der Belastung der NATO durch den NATO-Doppelbeschluß vor zwei Jahren jetzt eine neue Belastungsprobe begonnen, warum ohne jede Abstimmung mit uns, warum bei Infragestellung der Theorie der Abschreckung, warum bei der Gefährdung der bisherigen bescheidenen Erfolge der Rüstungskontrollpolitik mit der Sowjetunion, warum bei Strapazierung der Ost-West-Beziehungen und warum bei so ungeheuren Kosten? Warum haben unsere amerikanischen Verbündeten das getan?

Manche Kommentatoren sehen in der amerikanischen Politik gleichzeitig die scheinbar widersprüchlichen Tendenzen zur Einkreisung der Sowjetunion und zur Selbstisolation Amerikas. Möglicherweise hält sich die amerikanische Politik beide Optionen offen. Tatsache ist, daß diese Politik zu einer Reduzierung der existentiellen Gefahr für den nordamerikanischen Kontinent in einer Phase der „mutual assured destruction“ führen soll. Dieses Interesse der Amerikaner ist legitim. Es ist sichtbar in der Entkopplungswirkung der Pershing-2-Stationierung, in Host-Nation-Support-Programmen in den Diskussionen über die Reduzierung ihrer Truppen in West-Europa, in der zunehmend globalen Rolle der USA, in ihrer Zuwendung zum pazifischen Raum statt nach Europa, und es ist vor allen Dingen in SDI deutlich. SDI macht deutlich: Das Ende der „extended deterrence“ ist gekommen, und an seine Stelle wird keine „extended protection“ treten. Das kann nicht der Sinn von SDI sein, daß die Amerikaner einen defensiven Schirm über uns erweitern, um alte Risiken neu für sich in Kauf zu nehmen.

Die Antwort kann keine europäische SDI sein. Sie ist technisch-militärisch in Europa nicht möglich, in einer Situation, in der schon der Grenzgänger zwischen Ost und West eine Atombombe im Tornister tragen kann.

Was ist die Konsequenz für uns? Der Versuch der Selbstbehauptung Europas für seine Sicherheit gegen die Sowjetunion und für seine politische, seine wirtschaftliche und seine kulturelle Unabhängigkeit gegenüber unseren amerikanischen Verbündeten. Nur wenn wir in der Lage sein werden, für unsere Sicherheit selbst zu sorgen, werden wir auch politisch, wirtschaftlich und kulturell eigenständig bleiben können.

Wie kann diese **europäische Sicherheitspolitik** nach SDI aussehen? Das ist die entscheidende Frage. Was müssen wir im konventionellen Bereich tun, was im nuklearen Bereich, was im Weltraum zur Überwachung und Aufklärung? Wie können wir verhindern, daß eine europäische Rüstung zu einer Bedrohung der Sowjetunion führt, die in einen neuen Rüstungswettlauf zwischen Ost und West mündet, in dem Europa vielleicht der Katalysator, der Schrittmacher sein wird? Was ist mit der Sowjetunion sicherheitspolitisch verhandelbar, und was kann durch die amerikanischen Verbündeten glaubhaft militärisch flankiert werden? Das sind

die entscheidenden Fragen, mit denen sich diese Versammlung beschäftigen müßte.

SDI ist eine Herausforderung an Europa, und die Versammlung soll nicht glauben, daß sie durch eine bloße Ablehnung oder Befürwortung von SDI dieser Herausforderung gerecht wird. Auf diesen Aspekt möchte ich hinweisen. Ich glaube, er ist wichtiger als ein Feilschen um dieses oder jenes Amendement, obwohl ich mich nachher an diesem Business natürlich exzessiv beteiligen werde. — Danke sehr.

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist sehr glücklich, daß wir hier zu dem vielbesprochenen strittigen, auch zwischen uns strittigen, Thema SDI drei Berichte haben, die dieses Thema aus drei verschiedenen Richtungen betrachten. Das war auch deswegen gut, weil gerade der Bericht des Kollegen van den Bergh, dessen Resolution inzwischen Gott sei Dank zurückgezogen worden ist, für viele von uns und, wie ich glaube für die Mehrheit, eine Schlagseite, eine Einseitigkeit hatte, die sich gegen unseren Bündnispartner, die Vereinigten Staaten, richtete. Aber immerhin geben uns diese drei Berichte ein Gesamtbild.

Ich möchte an das Wort des Kollegen Lenzer anknüpfen, der uns heute morgen noch einmal die einfache Wahrheit vor Augen geführt hat, daß der Weltraum keine Grenzen kennt. Der Weltraum hat nicht nur hinsichtlich der Räume und Entfernungen, sondern, wie wir inzwischen erkennen, auch hinsichtlich der technischen Möglichkeiten keine Grenzen, die der Mensch hier auf sehr vielen Gebieten erreichen und verwirklichen kann.

Wir wissen doch, wenn es der Mensch nicht angestrebt hätte, zum Mond zu fahren, so würde unser tägliches Leben hier heute anders aussehen. Dann hätten wir nicht diese Möglichkeiten der Rechner, der Optik, der Nachrichtenübermittlung und für vieles, was wir heute im täglichen Leben für ganz selbstverständlich halten.

SDI — das ist richtig — läutet eine neue Herausforderung ein. Hiermit ist ein großes Projekt vorgegeben, und man kann sich kaum vorstellen, daß die Ziele, die damit verbunden sind, auch tatsächlich erreicht werden können, daß es möglich ist, in solcher Geschwindigkeit und kürzester Zeit von Satelliten aus anfliegenden Raketen zu orten, die Kommandos zu geben und gleichzeitig wiederum von anderen Satelliten die zerstörenden Projektile auf diese Raketen zu richten. Aber wir haben uns schon daran gewöhnt, daß es auch in den letzten Jahrzehnten viele Probleme gegeben hat, von denen wir geglaubt haben, daß sie eigentlich nicht lösbar seien, die später gelöst worden sind. Immer haben wir dabei — das gilt auch für militärische Projekte — erhebliche Spin-off-Effekte auch in friedliche Bereiche hinein gehabt.

Wenn wir heute feststellen müssen, daß es so große Widerstände gegen das SDI-Projekt gibt, dann erkennt man, daß es eine beachtliche Parallele zur Kernkraft gibt. Damals wurde eine Urangst des Menschen, ausgehend von den schrecklichen Ereig-

nissen der Atombombe, insbesondere von den Menschen, die sich nicht mit den technischen Einzelheiten vertraut gemacht hatten, zum Anlaß genommen zu sagen: Auch die Kernkraft in ihrer friedlichen Nutzung ist schlecht. Etwas Ähnliches haben wir jetzt: Die Leute glauben, daß der Weltraum erst noch völlig friedlich und daß die militärische Auseinandersetzung erst durch SDI in den Weltraum getragen werde. Insbesondere hat das schreckliche Wort vom Krieg der Sterne, das besonders einprägsam ist, diese Urangst geschürt.

Ich glaube, wir sollten uns mehr zurückhalten, dieses Wort überhaupt zu benutzen; auch die Semantik spielt eine große Rolle. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß SDI ein Verteidigungsmittel sein soll, das uns die nukleare Balance, die wir seit Jahrzehnten bis heute haben, auch in Zukunft sichern soll. Dieses schreckliche Gleichgewicht hat uns in den letzten Jahrzehnten den Frieden erhalten.

Gegner von SDI verweisen immer wieder auf **Eureka**. Der Gedanke scheint einfach nicht ausrottbar zu sein, daß das eine etwas mit dem anderen zu tun habe oder daß Eureka SDI ersetzen könnte. Deswegen kann man nicht oft genug darauf hinweisen — insbesondere ist das bei der Konferenz der europäischen Staaten über Eureka in Hannover klargeworden —, daß Eureka nichts mit SDI zu tun hat. Hier werden europäische Forschungspotentiale in anderen Bereichen gebündelt: über Schadstoffbelastung, über AIDS, über viele ganz andere Projekte, die nichts mit dem Weltraum zu tun haben. Man sollte, wenn man über SDI spricht, nicht weiter über Eureka sprechen. Eureka ist ein völlig gesondertes, rein europäisches völlig neben SDI stehendes Projekt.

Herr Präsident, meine Redezeit ist zu Ende. Ich möchte zusammenfassen. Es gibt eine Reihe von Gründen dafür, daß sich die europäischen Staaten an SDI beteiligen: wirtschaftliche Gründe, unmittelbare und mittelbare Spin-off-Effekte. Ein weiterer Grund ist — Herr Kollege Berger hat schon darauf hingewiesen —, daß wir bemüht sein müssen, die europäischen Interessen unserer Verteidigung gemeinsam zu vertreten. Es gibt angesichts der wirtschaftlichen Übermacht und der entsprechenden Aufgaben in USA und Rußland, wo an ähnlichen Projekten mit dem fast siebenfachen Mitteleinsatz gearbeitet wird, ein ganz besonderes Interesse daran, daß die europäischen Staaten ihre Bemühungen konzentrieren und kooperieren. Ich glaube und hoffe, daß diese Debatte ein wesentlicher Beitrag zu diesem Ziel sein wird.

Ich danke Ihnen.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Als wir in den Kommissionen dieser Versammlung begannen, uns über das amerikanische **SDI-Projekt** zu unterhalten, hatten wir manchmal den Eindruck, als sei zumindest ein Teil der Versammlung überzeugt, wir hätten letztlich die Entscheidung darüber zu fällen, ob das SDI-System erforscht oder gar gebaut wird. Ich danke den Herren Berichterstatlern, die durch ihre sach-

bezogenen Berichte verdeutlicht haben, daß wir hier allenfalls einige Kommentare zu einer Entwicklung abgeben können, die mit oder ohne einen Beschluß dieser Versammlung so stattfinden wird, wie es die Vereinigten Staaten planen.

Ich glaube, es ist in aller Ruhe festzustellen, daß dieses SDI-System im Grunde genommen eine Antwort auf eine Entwicklung darstellt, die in der Sowjetunion bereits seit einigen Jahren praktiziert wird. Wer sich ein wenig mit der Materie vertraut gemacht hat, kennt das große ABM-System, das vor allem um die Kommandozentrale Moskau herum gebaut wurde und dessen Erneuerung im Jahre 1987 abgeschlossen sein soll. Wer sich mit dem Gesamtthema befaßt, weiß, daß Interkontinentalraketen heute im Grunde genommen längst weltraumgestützte Waffen sind, so daß die Behauptung, durch ein SDI-System würde zum ersten Mal ein Waffensystem im Weltraum aufgebaut, einfach der Realität widerspricht.

Was wir heute hier zu behandeln haben, ist die Frage, wie die Zusammenarbeit europäischer Staaten mit den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der SDI-Forschung möglich ist. Ich glaube, wir alle kennen das besondere verteidigungspolitische Problem, das hinter dem SDI-System stecken könnte. Es liegt in der Gefahr, daß Europa zu einer Zone minderen Schutzes wird, wenn sich die Vereinigten Staaten unter einem Schirm schützen könnten, der praktisch 80 bis 90 % aller möglichen Raketenangriffen abzulenken in der Lage ist. Wenn diese Gefahr besteht, ist es vernünftiger, daß sich Europa eng mit den Vereinigten Staaten über die gemeinsame Zukunftssicherung durch SDI unterhält und versucht, die Entwicklung mit den Vereinigten Staaten zu gehen, damit schon aus politischen Gründen die Möglichkeit der Schaffung unterschiedlich sicherer Zonen innerhalb der NATO-Staaten erst gar nicht beginnen kann. Daher halte ich es für vernünftiger, mit den Vereinigten Staaten über SDI im Sinne einer Kooperation zu sprechen, statt gegen die Vereinigten Staaten im Sinne einer Ablehnung über ein System zu reden, das nach allem, was wir bisher sehen, ohnehin zu einer Realität wird, wenn die Forschungsphase vorbei ist.

Da wir aber heute keine Entscheidung fällen müssen, ob ein solches System realisiert werden muß oder nicht, da wir heute allenfalls die Frage zu erörtern haben, wie die Kooperation stattfinden kann, möchte ich an die Kolleginnen und Kollegen appellieren, nicht eine Tür zu einem Raum zuzuschlagen, der für uns alle einmal von besonderer Wichtigkeit sein kann, sondern in aller Offenheit die Kooperation mit unseren amerikanischen Verbündeten zu beginnen — nicht in dem Sinne, daß wir uns an der militärischen Forschung beteiligen, wohl aber in dem Sinne, daß wir zumindest an der politischen Ausgestaltung und selbstverständlich an der friedlichen Weiterentwicklung innerhalb der SDI-Technologie mitarbeiten.

Daher ist mein Appell — ich wiederhole dies — der, nicht in einem hoffnungslosen Nein zu verharren, sondern mit einem bedingten Ja eine neue Entwicklung einzuleiten.

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In fünf Minuten zur Sache zu sprechen, ist — das ist beinahe das einzige, worin ich Herrn Gansel zustimme — außerordentlich schwierig.

Ich darf als erstes aus einem Bericht zitieren, den Generalleutnant James Abrahamson am 30. Oktober vor dem amerikanischen Senat gegeben hat und den ich Sie alle einmal aufmerksam nachzulesen bitte, weil in ihm sehr viel von dem steht, was die Amerikaner zu Hause zu der Frage sagen, was sie mit SDI wollen. Es ist immer gut, die ursprünglichen Quellen zu studieren. Dieser Bericht schließt mit den Worten:

Unser letztlisches Ziel ist die völlige Abschaffung aller Nuklearwaffen. Das ist notwendigerweise ein sehr langfristiges Ziel, das — während wir unsere SDI-Forschung verfolgen — ebenso energische Anstrengungen erfordert, die Drohung zu beseitigen, die das Ungleichgewicht der konventionellen Streitkräfte darstellt, indem wir die konventionellen Streitkräfte verbessern und gleichzeitig über Rüstungsverminderung und vertrauensbildende Maßnahmen verhandeln.

Meine Damen und Herren, was mir schon seit einigen Monaten auffällt, ist die Tatsache, daß es eine sehr einseitige emotionale Reaktion vor allen Dingen von seiten unserer sozialistischen Kollegen gegen unseren Verbündeten USA gibt.

Ich gebe aber zu: Je mehr Klarheit da ist, desto nachdenklichere Reaktionen kann man hören. Warum aber eigentlich von vorneherein, schon vor über einem Jahr, diese unheimliche emotionale Wucht gegen die USA — undifferenziert? Das muß uns doch nachdenklich stimmen, vor allen Dingen deshalb, weil wir uns doch gemeinsam erinnern müssen, wie es beim NATO-Doppelbeschluß war.

Herr Gansel hat vorhin das dialektische Kunststück versucht, so zu tun, als wäre der **NATO-Doppelbeschluß** eine Erfindung der USA. Er hat vergessen, daß es eine Bitte des sozialdemokratischen Bundeskanzlers an die USA gab, den NATO-Doppelbeschluß bitte durchzuführen. Auch hier werden also — emotional würde man das Geschichtsklitterung nennen — Ursache und Wirkung miteinander verwechselt.

Ich möchte uns gemeinsam an das erinnern, was beim NATO-Doppelbeschluß geschehen ist. Da gibt es jetzt eine Parallele: die gleichen Kreise, die gleiche Wirkung. Beim NATO-Doppelbeschluß: Emotionalisierung, Friedensbewegung Hand in Hand mit nicht mehr zu differenzierenden Gruppen, flankiert durch unwahrscheinliche Drohungen seitens der Sowjetunion, was alles geschehen wird, wenn der NATO-Doppelbeschluß umgesetzt wird.

Der NATO-Doppelbeschluß ist umgesetzt. Und ich behaupte — nicht nur ich, sondern man weiß es —: Voraussetzung für das Treffen Gorbatschows mit Reagan war die Tatsache, daß der NATO-Doppelbeschluß umgesetzt wurde, weil die Allianz gezeigt hat, daß sie handlungsfähig ist. Das gleiche wird

jetzt in der Vorphase von SDI versucht. Dabei sind wir uns doch alle darüber im klaren: Es geht bisher ausschließlich um Forschung; alles andere wird vorbehalten.

Ich habe mit Interesse das Papier der Sozialisten in der EG gelesen. Es gibt dort eine Beschlußfassung, in der man sich über sieben, acht Seiten Gedanken darüber macht, wie man zu SDI steht. Natürlich sind sie völlig dagegen, ignorieren, daß SDI bei unserem Bündnispartner USA schon beschlossene Sache ist, daß es also nur noch um die Frage geht, ob wir uns beteiligen oder nicht.

Fest steht: Es geht nicht mehr um die Frage, ob SDI überhaupt stattfindet.

Viele Diskussionsbeiträge hier haben den Eindruck erweckt, man könnte die Forschung über SDI noch verhindern. Nein, meine Damen und Herren, es geht nur darum, ob wir das Angebot, die Bitte, die Bereitschaft der USA annehmen, uns an der Forschung zu beteiligen. Das gilt auch für die Forderung, unsere Industrie bei der zivilen Forschung zu berücksichtigen. Ich rate dringend dazu. Auch insofern widerspreche ich Ihnen, Herr Gansel. Die Versammlung der Westeuropäischen Union hat gerade deshalb eine Chance, weil der Ministerrat in sich noch relativ uneinig ist. Wir hier, die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union, haben die Chance, einen Appell zu richten an die europäischen Regierungen, sich unverzüglich auf ein gemeinsames Konzept zu einigen, das im Prinzip ja schon festliegt.

Machen wir uns hier doch nichts vor: Wir werden in Kürze ein Wettrennen der westeuropäischen Industrie erleben, um sich an der Forschung für SDI zu beteiligen. Wir werden erleben, wie beinahe alle Staaten bereit sind, Rahmenabkommen zu schließen. Da wartet nur einer auf den anderen: Wer ist der erste, damit ich hinterher mitmachen kann?

Wir werden darüber diskutieren müssen, wie wir in gutem Einvernehmen mit den USA sicherstellen, daß nach dem Ende der Forschung nichts geschieht, ohne daß wir darüber vorher konsultiert werden.

Vor allen Dingen bitte ich die sozialistischen Kollegen, nicht eine emotionale Vergiftung des Klimas vorzunehmen. Herr Gansel hat eben so getan, als hätte Europa ein Eigengewicht zwischen den Blöcken. Wir kennen diese Politik, und wir wissen, daß sie zu einer Vergiftung des Verhältnisses zu den USA führen würde. Sie baut auf dem Luftballon auf, daß wir ohne das große Potential der USA innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft verhandlungsfähig seien.

Ich darf einen abschließenden Satz sagen, da das Lämpchen dort signalisiert, daß meine Redezeit bereits zu Ende ist: Die heutige Debatte sollte ein Signal an den Ministerrat darstellen: Die Versammlung der Westeuropäischen Union steht dazu, daß sich die westeuropäischen Länder an der Forschung beteiligen und daß die weitere Verfahrensweise bei SDI in engem Schulterschuß mit den USA behandelt werden sollte.

Schönen Dank.

Prof. Dr. Soell (SPD): *(Original französisch)* Herr Präsident, meine lieben Kollegen, ich möchte den Berichterstattem meine Anerkennung aussprechen für ihre Ausführungen, in denen sie unterschiedliche und zugleich präzise Vorstellungen und Perspektiven entwickelt haben.

Die Diskussion über die strategischen Verteidigungssysteme ist — von einigen technologischen Neuerungen abgesehen — durchaus nicht neu, da über den ABM-Vertrag im Mai 1972 verhandelt wurde. Zudem wird eine Reihe von Argumenten, die damals von den Vertretern der Sowjetunion vorgebracht wurden, heute von Präsident Reagan wieder aufgenommen, insbesondere in seiner Rede vor den Vereinten Nationen im Oktober 1985.

Darüber hinaus begründet der amerikanische Präsident das SDI-Programm mit Argumenten, die aus einer progressiven Politik der Rüstungskontrolle zu stammen scheinen. Darunter fällt die Aufgabe des Abschreckungskonzepts und die Abschaffung der Atomwaffen als Endziel des SDI-Programms, die Forderung nach einer strategischen Stabilität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, das Angebot, die Sowjetunion an den technologischen Kenntnissen der Vereinigten Staaten im Rahmen des SDI-Programms teilhaben zu lassen, um im Falle technologischer Neuerungen im Bereich der Rüstung und Militärstrategie destabilisierende Auswirkungen zu vermeiden.

Dieses Angebot von Präsident Reagan enthält jedoch starke Widersprüche. Wäre es ernst gemeint, so müßte von einem so großen Vertrauen zwischen den beiden Weltmächten ausgegangen werden, daß man sich unverzüglich folgende Fragen stellen könnte: Warum sollte man die Atomwaffen beider Seiten nicht radikal abschaffen und, gesetzt diesen Fall, würde dann ein strategisches Verteidigungssystem für den Weltraum nicht überflüssig werden?

Im übrigen sind einige von seiten der Sowjetunion gegen das SDI-Programm vorgebrachte Argumente wenig glaubwürdig, da sie ebenfalls schwerwiegende Widersprüche aufweisen.

Bis heute hat die Sowjetunion Verträge über wissenschaftliche Forschungen im Bereich der Rüstung für nicht kontrollierbar gehalten. Sie hat sogar intensive Forschungen über die strategischen Verteidigungssysteme angestellt. Die Doktrin der gegenseitigen Verletzbarkeit hat sie in weitaus geringerem Maße akzeptiert als die Vereinigten Staaten, und ihre Haltung war bisher voller Widersprüche.

Die Interessen Westeuropas spielen gegenwärtig und in den nächsten Jahren bei den Verhandlungen der Weltmächte eine untergeordnete Rolle. Das wird erst anders werden, wenn wir eine gemeinsame Position einnehmen, in der unsere Interessen geltend gemacht werden. Unsere Forderung, eine bedeutendere Rolle zu spielen, hätte mehr Gewicht, wenn wir die Raumtechnologie nutzen könnten, zum Beispiel durch den Bau von Satelliten zur Bewältigung von Krisensituationen und zur Überprüfung von Rüstungskontrollabkommen. So könnten

wir uns eine Eintrittskarte für die Verhandlungen über die Antisatelliten-Systeme verschaffen.

Deshalb empfehle ich, in Übereinstimmung mit Herrn van den Bergh, den Vorrang einem gemeinsamen europäischen Programm zur Rüstungskontrolle zu geben, das Beobachtungs- und Fernmeldesatelliten umfaßt, technologische Forschung vom Typ EUREKA zu fördern, von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu verlangen, daß die Maßnahmen zur Verteidigung im Weltraum an sich kein Hindernis für ausgewogene und kontrollierbare Abkommen zur Begrenzung der strategischen sowie die Mittel- und Kurzstreckenatomwaffen sind.

Dr. Freiherr Spies von Büllersheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst dem Kollegen Berrier sehr zu seinem Bericht gratulieren. Ich würde mich zu seinem Bericht sicherlich nicht kritisch zu Wort gemeldet haben, wenn dieser Bericht nicht einen Anhang V enthielte und wenn er nicht, wie viele von uns sehr spät entdeckt haben, den Antrag 1026, der von einer größeren Zahl von Mitgliedern dieses Hauses, und zwar der drei großen Fraktionen dieses Hauses, gestellt worden ist, gleichzeitig verarbeitet hätte, und zwar in einer Weise, die nicht unsere Zustimmung finden kann.

Verehrte Kollegen, ich verstehe ja sehr gut, daß der Antrag dieser Kollegen, die Strukturen der WEU zu untersuchen, wenn schon von einer **Reaktivierung der WEU** gesprochen wird, also einmal die Aufgaben der Versammlung, des Generalsekretariats und unseres Greffier miteinander abzugleichen und diese Aufgaben möglichst auch zu verbinden, nicht die ungeteilte Zustimmung der Verwaltung unserer Versammlung findet. Aber ich glaube, wir Parlamentarier können es nicht ohne weiteres hinnehmen, daß ein solcher Antrag, der von — ich wiederhole es — Kollegen aller Fraktionen, von Herrn Stoffelen über Sir Frederic Bennett bis zu Herrn Blaauw, unterschrieben worden ist, dann plötzlich in einer Art von Eilverfahren versteckt und unemerkt in einem SDI-Unterbericht behandelt wird, und wenn darauf dann nur mit einem einzigen Satz, den niemand findet, Bezug genommen wird: „Carefully examined Order 63.“

Verehrte Kollegen Parlamentarier! Viele von Ihnen — ich würde sagen, die meisten — sind mehr als zehn Jahre in einem nationalen Parlament. Wir alle bewundern und schätzen die Arbeit der Mitarbeiter, die in unseren Parlamenten zur Verfügung stehen. Aber wir wissen auch, daß wir aufmerksam sein müssen. Wer länger Parlamentarier ist, der weiß, daß er von der Verwaltung ganz schnell, am Ende der Sitzung oder wann auch immer, in eine Richtung gedrängt werden kann, in die er gar nicht wollte. Und plötzlich steht etwas im Protokoll, und die Dinge haben einen ganz bestimmten Verlauf genommen.

Ich will Ihnen deshalb, wenn Sie gestatten, die Geschichte dieses Antrags 1026 darstellen, wie sie seit September gelaufen ist. Da sehen Sie, daß gewisse

Weichenstellungen — ich spreche das offen aus — erfolgt sind. Deswegen kommt dazu jetzt auch ein Änderungsantrag. Das Recht der Parlamentarier, die **Strukturen der WEU** gründlich untersuchen zu lassen, können wir uns von niemandem nehmen lassen. Dieser Antrag 1026 ist ganz bewußt sehr vorsichtig formuliert. In ihm steht nur, daß vom zuständigen Ausschuß einmal die Möglichkeiten untersucht werden sollen, um daraus später die politischen Folgerungen zu ziehen und zu beraten, wie denn die Struktur der WEU in dem Sinne geändert werden kann, den wir alle wollen, nämlich im Sinne der Reaktivierung der Westeuropäischen Union.

Und was geschieht mit diesem Antrag? Er wird dem Berrier-Bericht untergejubelt — so möchte ich einmal sagen —, und wir finden dort nur einen einzigen Satz: „Carefully examined Order 63“. Irgendeine Empfehlung, irgendeine Konsequenz, irgendeine tiefere Untersuchung ist nicht erfolgt.

Ich bedaure, Herr Präsident, daß ich nur fünf Minuten Zeit habe, hier zu sprechen. Aber ich möchte diese kritischen Bemerkungen an den Anfang stellen und sagen, daß der Bericht in diesem Punkt aus mehreren Gründen so nicht akzeptiert werden kann. Der erste Grund ist, daß die Behandlung in einem Anhang V zu einem Bericht erscheint, der dem Politischen Ausschuß übergeben wurde, als die Beratung schon lief — in einem Anhang, so daß der Antrag, wie ich von den Kollegen des Politischen Ausschusses höre, gar nicht diskutiert worden ist, und zwar deswegen nicht, weil natürlich die Probleme der SDI im Vordergrund standen und man dann über den Anhang überhaupt nicht mehr gesprochen hat. Es hat doch niemand begriffen, und es hat auch niemand im Politischen Ausschuß für möglich gehalten, daß das schon die Behandlung des Antrags 1026 sein sollte. Und in den Empfehlungen steht dann bloß dieser eine kleine Satz.

Wir wollen doch die Reaktivierung der WEU. Ich beziehe mich auf das, was Herr Bundesminister Genscher als damaliger Ratsvorsitzender hier gesagt hat. Er hat gesagt: Wenn Sie so etwas wollen, dann muß es von den Parlamentariern und nicht von den Regierungen ausgehen. *(Beifall)* Wenn wir das prüfen wollen, dann muß das in einem Bericht geschehen, der in die Tiefe geht. Man darf dabei keine Angst haben, daß man dem einen oder anderen zu nahe treten könnte. Wir müssen zunächst die technischen Möglichkeiten prüfen, und dann müssen daraus die politischen Konsequenzen gezogen werden. Anschließend müssen wir mit den Regierungen unserer Länder darüber sprechen, wo und wie der Brüsseler Vertrag vielleicht geändert werden könnte.

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident, weil ich meine Redezeit schon, glaube ich, um zwei Minuten überschritten habe. Ich möchte also sagen: Dieser Bericht kann in diesem Punkt aus mehreren Gründen nicht akzeptiert werden. Einmal wird er dem Anliegen der Antragsteller nicht gerecht. Eine so bedeutsame Frage kann nicht im Anfang behandelt werden, sondern sie muß ausführlich diskutiert werden. Zweitens hat das Präsidialkomitee die Be-

teilung des Geschäftsordnungsausschusses ausdrücklich vorgeschrieben. Die aber ist nicht erfolgt.

Herr Präsident, ich habe die Begründung meines Änderungsantrages schon vorweggenommen. Ich kann dazu ja noch einmal sprechen. Zur Sache aber konnte ich nichts sagen. Ich konnte nicht sagen, daß die Antragsteller Blaauw, Bennett, Stoffelen und Kollegen nicht etwa, wie der Kollege Berrier in seinem Bericht geschrieben hat, die Unabhängigkeit der Versammlung schmälern wollen. Nichts liegt uns ferner als das. Könnten wir denn abhängiger sein, z. B. in bezug auf den Haushalt, als wir es heute sind? *(Beifall)* Was wir gemeinsam wollen, ist die größere Unabhängigkeit dieser Versammlung und deren stärkere Einbindung in die Arbeit der WEU. Wir können nicht einsehen, daß es Sekretariate in London gibt, deren Arbeitsergebnisse wir überhaupt nicht erfahren. Wir haben hier unser eigenes Sekretariat. Wir wollen die Dinge verbinden, wie es im Europarat geschieht, und dadurch größeren Einfluß für unsere Versammlung gewinnen auf die Regierungen im Sinne des europäischen Anliegens unserer Versammlung.

Vielen Dank.

Abg. **Lenzer** (CDU/CSU) antwortete als Berichterstatter auf die Aussprache: — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte, da wir in der Zeit schon sehr weit fortgeschritten sind, es ganz kurz machen und darauf verweisen, daß ich ja heute morgen schon Gelegenheit hatte, den Bericht in dieser Versammlung einzuführen.

Ich darf nur noch einmal daran erinnern, daß dieser Bericht sich stützt auf die Ergebnisse eines Kolloquiums, welches unser Ausschuß in München in der Zeit vom 18. bis 20. September 1985 organisiert hat. Wir haben uns bei diesem Kolloquium mit den Zukunftsperspektiven der europäischen Weltraumforschung und Weltraumtechnik beschäftigt, und es ist festzustellen, daß sich durch den geballten Sachverstand auch externe Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft eine Fülle von Punkten ergeben hat. Kurz gesagt: Wir Politiker haben dort eine ganze Menge lernen können, und es wird jetzt an uns liegen, daraus die politischen Konsequenzen zu ziehen, um das umzusetzen, was wir dort hören konnten.

Um ein aktuelles Thema zu berühren, das uns heute beschäftigt: Die Frage von SDI, die Frage der Strategischen Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten, die ja in der Diskussion hier und in den letzten Monaten überhaupt in unseren Mitgliedstaaten eine große Rolle gespielt hat, war natürlich das beherrschende Thema dieser Tage in München. Sie, Herr Präsident, hatten ja selbst Gelegenheit, dort teilzunehmen, und Sie haben sich ja auch selbst der Mühe unterzogen, in der Eröffnungsveranstaltung und nachher auch zum Abschluß das Wort an die Teilnehmer zu richten. Ich glaube, wir sind uns in der Beurteilung einig, wenn ich feststelle, daß wir bei diesem Kolloquium eine

Fülle von Anregungen für unsere Arbeit erhalten haben.

Nun zum Thema SDI. Mein Bericht, den ich hier im Namen des Wissenschaftsausschusses vorlegen kann und den ich heute morgen hier eingeführt habe, soll ja seinen Beitrag aus unserer spezifischen Sicht zum Thema Strategische Verteidigungsinitiative leisten. Die Frage der Strategischen Verteidigungsinitiative ist nach unserer Auffassung zunächst einmal unter militärisch-strategischen Verteidigungsgesichtspunkten zu beurteilen.

Zweitens wird die Strategische Verteidigungsinitiative aus den verschiedensten Gründen natürlich nicht ohne technologiepolitische Folgen bleiben können. Wenn man erfährt, daß bis zum Jahre 1990 für die Forschungsphase in Amerika ca. 26 Milliarden US-Dollar für dieses Projekt ausgegeben werden sollen, dann weiß man, daß allein diese gewaltige Summe Garantie dafür bietet, daß von diesem Projekt deutlich ein sehr breiter, in verschiedene Wirtschafts- und Wissenschaftsbereiche hineinwirkender technologischer Spin-off ausgehen wird.

Drittens. Wir sind der festen Überzeugung, daß die **Forschungsphase der Strategischen Verteidigungsinitiative** mit dem ABM-Vertrag durchaus kompatibel ist.

Viertens. Wir sind überzeugt und möchten das ganz deutlich machen — deswegen verstehe ich, wenn ich das jetzt schon sagen darf, auch so manche aufgeregte Diskussion nicht —, daß mit dieser Forschungsphase noch bei weitem nicht automatisch später auch die Stationierung des Systems verbunden ist. Denn noch ist überhaupt völlig offen, ob es hierbei um die Architektur eines Systems geht, das technisch durchführbar und andererseits politisch durchsetzbar und schließlich auch zu finanzieren ist. Das alles sind Fragen, die wir jetzt, in einem sehr frühen Zeitpunkt, noch beachten können. Und die Westeuropäische Union ist wie kaum eine andere europäische Organisation das geeignete Forum, sich diese Dinge aus der Nähe anzusehen.

Lassen Sie mich, Herr Präsident, zu einem weiteren Punkt einige Bemerkungen machen, weil hier immer wieder Mißverständnisse in die Debatte kommen. Ich möchte noch einmal auf **Eureka** zurückkommen. Auch heute ist hier von einigen Rednern wieder der Eindruck erweckt worden, als könnten Eureka und SDI alternativ betrachtet werden, als handele es sich hier, politisch gesehen, um ein Entweder/Oder. Dies ist ganz dezidiert nicht der Fall. Während SDI eine militärische Antwort auf eine militärische Bedrohung ist, während SDI also einen typischen Verteidigungsbeitrag leistet angesichts einer spezifischen militärischen Ausgangssituation, hat Eureka damit nicht das geringste zu schaffen. Eureka ist die Bündelung der Kräfte in Europa in Wissenschaft und Forschung in bestimmten, ausgewählten Bereichen der Spitzentechnik, um dort die Wettbewerbsnachteile, die Europa gegenüber Japan und gegenüber den USA besitzt, auszugleichen, um forschungs- und wissenschaftspolitisch gleichzuziehen und im internationalen Wettbewerb bestehen

zu können, um die entsprechenden Industriestrukturen zu schaffen.

Es geschieht auch nicht ohne Grund, daß dies nicht im Rahmen der Europäischen Kommission abgewickelt wird, weil dort auf Grund der unterschiedlichen Struktur der verschiedenen Länder — wenn ich das in Parenthese hinzufügen darf: technisch weit entwickelte Länder stehen Ländern gegenüber, die technisch einen großen Nachholbedarf haben — bei Eureka nach dem Prinzip der variablen Geometrie vorgegangen wird, also nach dem Grundsatz, daß an einem bestimmten Projekt derjenige mitarbeitet, der von seinem Potential her dazu am ehesten in der Lage ist. Dies wollte ich noch einmal hier hinzufügen, ganz einfach um darzustellen, daß das eine nicht mit dem anderen, daß Eureka nicht mit SDI in einen Topf geworfen werden darf.

Was lehrt uns also dieses Kolloquium?

Es lehrt uns erstens: Der Weltraum gewinnt zunehmend an Bedeutung. Dazu tragen nicht zuletzt auch diese spektakulären Aktionen bei, die für jedermann sichtbar sind: die D-1-Mission, die ganzen Space-Shuttle-Missionen wie etwa die in diesen Tagen, Atlantis, mit dem spektakulären Bau eines Gerüsts im freien Weltraum; eine wichtige Voraussetzung für die spätere Errichtung einer bemannten Raumstation.

Zweitens. Das Kolloquium lehrt uns auch — und das ist immer ein wichtiger Punkt bei der Beurteilung eines technischen Problems —, daß der Mensch Herr der Technik bleiben muß, daß die Technik eo ipso nicht böse oder gut ist und daß deswegen die Technik nicht einfach verteufelt werden darf, sondern daß es am Menschen liegt, von der Technik einen verantwortungsvollen Gebrauch zu machen, und daß jedes technische Problem immer wieder vor diesem Hintergrund untersucht werden muß.

Drittens. Wir brauchen — das ist die eigentliche Aussage dieses Kolloquiums — in der Fülle der Vorschläge und der Diskussion jetzt endlich ein Zusammenfinden zu einer gemeinsamen europäischen Strategie, zur europäischen Eroberung des Weltraums, wenn ich das einmal so hochtrabend formulieren darf. Ich meine damit: Wir Europäer können die Probleme nur lösen, wenn wir uns bei den Diskussionen um Ariane, um Columbus, um Hermes, um HOTOL oder um die verschiedenen Aufklärungssatelliten überlegen, welche gemeinsamen Antworten Europa im Bereich dieser Spitzentechnologie, die unser Leben in den nächsten Jahrzehnten beeinflussen wird, im internationalen Wettbewerb zu geben in der Lage ist.

Vielen Dank, Herr Präsident, daß ich das kurz zusammengefaßt noch einmal sagen durfte.

Persönliche Erklärung zur Abstimmung:

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin von einer ganzen Reihe meiner Freunde und Kollegen gebeten worden, eine kurze Erklärung zu unserem Votum abzugeben. Das tue ich gern.

Ich glaube, wir alle haben hier in den letzten drei Stunden eine besonders interessante Beratung erlebt. Es ist deutlich geworden, wie ein Parlament in voller Lebendigkeit kontrovers diskutieren kann und anschließend zu einem Votum findet. Ich glaube, dies gereicht allen unbeschadet der unterschiedlichen politischen Standorte — das muß so sein — zur Ehre. 24 verschiedene Änderungsanträge sind hier behandelt worden, und wir haben uns, wie gesagt, damit etwa drei Stunden beschäftigt.

Zwar können wir — ich spreche jetzt für meine Freunde — nicht alles billigen, was in dem Bericht steht, aber nach unserem Reglement trägt ja der Berichterstatter die Verantwortung für seinen Bericht. Das Votum, das wir hier als Parlament zu treffen haben, ist das über die Zustimmung oder Ablehnung des Empfehlungsentwurfs. Wir haben durch unser positives Votum unsere Position deutlich gemacht. Nachdem der Empfehlungsentwurf heute nachmittag in so drastischer Weise verändert worden ist, sehen wir es nur als logisch an, wenn wir jetzt durch unser zustimmendes Votum bekunden, daß wir mit dem Fazit, mit der Quintessenz des Entschließungsentwurfs, wie er nunmehr aus dem Bericht hervorgeht, einverstanden sind.

Ich bedanke mich.

Empfehlung 428

betr. die WEU und die Strategische Verteidigungsinitiative Die Strategische Verteidigungsinitiative — Verteidigungsaspekte

Die Versammlung

- (i) erwägt die von Präsident Reagan im März 1983 angekündigte Strategische Verteidigungsinitiative sowie das Angebot des US-Verteidigungsministers an die Bündnisländer vom März 1985, die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Bereich von Daten und Technologie zu sondieren, soweit diese nicht mit unter den ABM-Vertrag fallenden Komponenten in Zusammenhang stehen;
- (ii) ist der Ansicht, daß die Entwicklung der Weltraumverteidigungstechnologie bedeutet, daß die europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten alle Anstrengungen unternehmen müssen, um die neuen Technologien in den Griff zu bekommen, die eines Tages in einem wirksamen Verteidigungssystem verwendet werden könnten;
- (iii) ist der Ansicht, daß Europa kollektiv die Entwicklung einer unabhängigen Weltraumtechnologie sowohl für zivile Anwendungen als auch für Verteidigungszwecke verfolgen sollte, wodurch seine Sicherheit erhöht und die Nachprüfung von Rüstungskontrollabkommen und vertrauensbildenden Maßnahmen erleichtert würden;
- (iv) begrüßt jede Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Bereich der Verteidigungs-

technologie, durch die die Sicherheit und Stabilität gestärkt und die Forschung auf dem Gebiet neuer Verteidigungssysteme gefördert wird, ohne bestehende Rüstungskontrollabkommen zu gefährden oder die Verhandlung über zukünftige Abkommen zu präjudizieren;

- (v) bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß das SDI-Programm die Politik der nuklearen Abschreckung, durch die die Verteidigung Europas nur gestärkt werden kann, nicht in Frage stellt;
- (vi) begrüßt, daß sich die Aussichten auf Fortschritte in den bilateralen Verhandlungen über Weltraumwaffen sowie strategische Nuklearwaffen und nukleare Mittelstreckensysteme verbessert haben, und begrüßt ferner die Haltung des Ministerrates zu SDI, die in dessen Antwort auf die Empfehlung 413 zum Ausdruck kommt¹⁾, vertritt jedoch die Auffassung, daß die amerikanischen Behörden die an die europäischen Bündnispartner der Vereinigten Staaten gerichteten Vorschläge über eine Beteiligung am SDI-Programm bisher nicht hinreichend präzisiert haben;

empfiehlt dem Rat,

1. sich auf eine gemeinsame Haltung als Reaktion auf die Strategische Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten zu einigen oder, falls dies nicht möglich erscheint, Europas eigene Interessen auf diesem Gebiet zu präzisieren, indem er die Antworten der sieben WEU-Mitgliedsländer soweit wie möglich harmonisiert; in diesen Antworten sollte
 - a) die Bedeutung der Verhinderung eines Rüstungswettlaufes im Weltraum unterstrichen werden;
 - b) Forschung akzeptiert werden, die mit den bestehenden Rüstungskontrollabkommen vereinbar ist und aufgrund ihrer Art und ihres Umfangs die Stabilität und Sicherheit stärken kann;
 - c) es der europäischen Industrie ermöglicht werden, sich an allen Bereichen der SDI-For-

¹⁾ „Der Rat begrüßt die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion globale Verhandlungen aufgenommen haben, d. h. solche, die sich mit strategischen Waffen, Mittelstreckenraketen sowie Abwehr- und Weltraumwaffen befassen. Er hofft, daß diese Verhandlungen durch substantielle, ausgewogene und verifizierbare Reduzierungen von Nuklearwaffen zu Sicherheit auf dem niedrigstmöglichen Streitkräfteniveau führen werden. Der Rat stellt fest, daß die von den Vereinigten Staaten angekündigte Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) nicht mehr als ein wissenschaftliches Forschungsprogramm darstellt und somit den Bestimmungen des ABM-Vertrages von 1972 nicht zuwiderläuft. Der Rat ist weiter der Ansicht, daß Forschungen im Labor kein Gegenstand für Rüstungskontrollmaßnahmen sind. Andererseits wird gemäß den Bestimmungen des ABM-Vertrages über relevante Tests oder eine Stationierung verhandelt werden müssen. Angesichts des Beitrags, den dieser Vertrag zur Stabilität leistet, betont der Rat wie wichtig es ist, seine Aushöhlung zu verhindern.“

schung unter Bedingungen zu beteiligen, durch die ein echter Technologieaustausch geschaffen wird;

- d) sichergestellt werden, daß durch die Antworten der WEU-Mitgliedsländer auf das amerikanische Angebot die Entwicklung des europäischen technologischen Potentials nicht gefährdet, sondern durch die baldige Verwirklichung des Eureka-Programms gefördert wird;
2. einem gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Rüstungskontroll-Programm, das Beobachtungs- und Nachrichtensatelliten einschließt, sowie der Förderung ziviler technologischer Forschung nach Art des EUREKA-Projekts im Rahmen der Europäischen Weltraumbehörde (ESA) und der Europäischen Gemeinschaften Priorität einzuräumen und dabei mit besonderem Nachdruck vorzugehen;
 3. alle betroffenen Länder aufzufordern, zu gewährleisten, daß es keine Hindernisse für den Abschluß ausgewogener und verifizierbarer Übereinkommen zur Begrenzung strategischer Kernwaffen und nuklearer Mittelstreckensysteme gibt, und sich für die Fortsetzung und den erfolgreichen Abschluß der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über die Rüstungsbegrenzung in den drei zur Diskussion stehenden Bereichen einzusetzen;
 4. zu betonen, daß die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Partner die politischen sowie militärischen und strategischen Auswirkungen der SDI-Forschung erörtern müssen, sobald Forschungsergebnisse vorliegen;
 5. die neue Agentur zur Untersuchung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen anzuweisen, jährlich über die Auswirkungen der Strategischen Verteidigungsinitiative auf die Rüstungskontrolle Bericht zu erstatten;
 6. zu gewährleisten, daß das nukleare Abschreckungspotential des Atlantischen Bündnisses erhalten bleibt, solange Europas Sicherheit nicht durch andere Mittel wirksam garantiert wird, und die Frage eines angemessenen konventionellen Verteidigungspotentials sowohl im Hinblick auf die derzeitige Lage als auch in Bezug auf die Entwicklung der Strategischen Verteidigungsinitiative zu erwägen.

Empfehlung 429

betr. die WEU und die Strategische Verteidigungsinitiative — der europäische Pfeiler des Atlantischen Bündnisses

Die Versammlung

- (i) vertritt die Auffassung, daß die europäischen Mitglieder des Atlantischen Bündnisses mit Blick auf die Erfordernisse der europäischen Sicherheit ihren Ansichten zu Fragen der Bündnisstrategie, der Abrüstung und der Poli-

tik, die die Bündnisländer außerhalb des NATO-Vertragsgebietes betreiben, stärkeres Gewicht verleihen sollten;

- (ii) vertritt die Auffassung, daß zu diesem Zweck eine enge, ständige Abstimmung der Meinungen unbedingt erforderlich ist;
- (iii) stellt fest, daß der geänderte Brüsseler Vertrag derzeit den idealen Rahmen dafür liefert;
- (iv) begrüßt die Absicht des Ministerrates, die WEU neu zu beleben, wie er dies in der Erklärung von Rom, im Bonner Communiqué und in der Antwort auf die Empfehlung 420 bekräftigt hat, bedauert jedoch, daß die Umsetzung dieser Absichtserklärungen in Beschlüsse nur langsam vorangeht;
- (v) vertritt die Auffassung, daß die Agenturen der WEU umgehend an das neue Aufgabengebiet des Rates angepaßt werden müssen;
- (vi) vertritt die Auffassung, daß die Information der Öffentlichkeit über die Aktivitäten des Rates und der Versammlung ein wesentliches Element der Abschreckungspolitik darstellt, deren eigentliche Grundlage der Wille der Völker ist;
- (vii) stellt fest, daß sich die Unterrichtung der Versammlung durch den Rat ganz erheblich verbessert hat, hofft jedoch, daß der Rat entsprechend der von ihm im Bonner Communiqué geäußerten Absicht die Presse in zunehmendem Maße über seine Aktivitäten informieren wird;
- (viii) weist darauf hin, daß der in der Richtlinie 63 geforderte Bericht über die Möglichkeiten, Bedingungen und Folgen einer engeren institutionellen Verbindung der Versammlung mit anderen Organen der WEU gesondert erstattet wird;

EMPFIEHLT DEM RAT,

- 1. sicherzustellen, daß die Verteidigungsminister umfassend an seiner Arbeit beteiligt und in seinen Dialog mit der Versammlung einbezogen werden;
- 2. die zuständige Agentur anzuweisen, eine fortlaufende Studie über die strategischen Folgen der Entwicklung neuer Waffen durchzuführen, und zwar unabhängig von den Ergebnissen der Bemühungen des Rates um eine Koordinierung der Antworten der Mitgliedsländer auf den amerikanischen Vorschlag über eine Beteiligung an der Strategischen Verteidigungsinitiative;
- 3. den Aufbau der neuen Agenturen, d. h. der Agentur zur Untersuchung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen, der Agentur zur Untersuchung von Sicherheits- und Verteidigungsfragen sowie der Agentur zur Entwicklung der Zusammenarbeit im Rüstungsbereich fortzusetzen, und ihnen, soweit dies möglich ist, alle notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um ihre Zusammen-

arbeit bei der Durchführung ihrer jeweiligen Aufgaben zu ermöglichen;

- 4. unverzüglich die neuen Ziele seiner Beratungen und den Umfang seiner Maßnahmen im Abrüstungsbereich sowie die Art der an die zuständige Agentur übertragenen Aufgaben zu präzisieren;
- 5. eine aktive Rolle im Rahmen der Information der europäischen Öffentlichkeit über Fragen, die ihre Sicherheit betreffen, zu spielen durch
 - a) die systematische und offizielle Unterrichtung der Presse über die Aktivitäten des Rates mit Hilfe aller geeigneten Mittel;
 - b) Anweisung an die neue mit Verteidigungsfragen befaßte Agentur, die Organisation von Fortbildungsseminaren in den mit Verteidigungsfragen beschäftigten Institutionen eines jeden Mitgliedslandes zu fördern; dadurch sollte es Staatsangehörigen aus den sieben Mitgliedsländern, die verantwortungsvolle Positionen im Verteidigungsbereich innehaben oder Einfluß auf die öffentliche Meinung nehmen können, ermöglicht werden, den europäischen Aspekt der Sicherheitsproblematik deutlicher zu erkennen;
- 6. der Versammlung volle Autonomie in allen Bereichen zuzusichern und ihr insbesondere zu ermöglichen, ihren Gesamtat auf die einzelnen Haushaltstitel unter Beachtung der Vorschriften für das Personal der koordinierten Organisationen aufzuteilen;
- 7. seine Bemühungen in bezug auf eine bessere Unterrichtung der Versammlung fortzusetzen und insbesondere zu gewährleisten, daß weiterhin gemeinsame Sitzungen des Rates auf Ministerebene und der ständigen Ausschüsse der Versammlung stattfinden;
- 8. die Prüfung der Anträge von europäischen Mitgliedsländern des Atlantischen Bündnisses auf Mitgliedschaft in der WEU zu beschleunigen und dabei zu einem positiven Ergebnis zu kommen, mit dem Ziel, eines Tages alle Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft in eine gemeinsame Sicherheitspolitik einzubinden.

Empfehlung 430

betr. die WEU und die Strategische Verteidigungsinitiative — Leitlinien, die sich auf die Ergebnisse des Kolloquiums „Weltraumforschung — Herausforderung für Europa“ stützen (Vorschläge)

Die Versammlung

- (i) vertritt die Auffassung, daß es jetzt an der Zeit ist, einer ausgewogenen, gemeinsam beschlossenen europäischen Weltraumpolitik neue Impulse zu geben, und begrüßt die Beschlüsse, die vom Ministerrat der Europäischen Weltraumbehörde am 30. und 31. Januar 1985 in Rom gefaßt wurden;

- (ii) ist sich bewußt, daß es notwendig ist, in Europa und weltweit Märkte zu schaffen, durch die sichergestellt wird, daß sich die umfangreichen, für die Raumfahrtprogramme bereitgestellten Mittel rentieren;
- (iii) stellt fest, daß die Anwendungsmöglichkeiten der Weltraumforschung, beispielsweise auf den Gebieten Nachrichtentechnik und Meteorologie, durch eine allzu nationalistische Haltung der Regierungsbehörden und durch Institutionen mit Monopolstellung eingeschränkt werden;
- (iv) berücksichtigt, daß die Nutzung des Weltraums für die Menschheit erwiesenermaßen Vorteile bringt;
- (v) ist der Ansicht, daß es notwendig ist, die Herstellung neuer Erzeugnisse auf den Gebieten Pharmazie, Biotechnologie, Elektronik und neue Materialien im Weltraum zu fördern;
- (vi) vertritt die Auffassung, daß das Unternehmen Arianespace ein Beispiel für eine erfolgreiche Kommerzialisierung von Weltraumaktivitäten darstellt;
- (vii) ist ferner der Ansicht, daß die europäische Raumfahrtindustrie wesentlich verstreuter angesiedelt und weniger rationalisiert ist als die amerikanische, was dazu führt, daß sie über mehr Ausstattung verfügt als notwendig ist und Überkapazitäten besitzt, was ernste Probleme mit sich bringen wird, wenn sich die vorhergesagte Stagnation auf dem Markt bestätigt;
- (viii) vertritt die Auffassung, daß Europa seine führende Position in der Entwicklung der Raumfahrt nicht beibehalten kann, wenn es die Probleme in Zusammenhang mit einer ständig bemannten Raumstation nicht in Angriff nimmt;
- (ix) berücksichtigt, daß die in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für friedliche und militärische Raumfahrtprogramme fast siebenmal so groß sind wie die Raumfahrtbudgets der westeuropäischen Länder;
- (x) ist daher der Ansicht, daß sich Europa gemeinsamen Programmen zur Weltraumverteidigung nicht verschließen kann;
- (xi) begrüßt die Einrichtung der neuen Raumfahrtbehörde in Italien und des neuen Raumfahrtzentrums im Vereinigten Königreich, durch die gemeinsame europäische Weltraumaktivitäten zu friedlichen und militärischen Zwecken gefördert werden sollen;

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Regierungen der Mitgliedsländer dringend aufzufordern,

1. die Verabschiedung eines umfassenden Raumfahrtprogramms vorzusehen mit den beiden wichtigsten Bestandteilen: Beteiligung an der

amerikanischen Raumstation und Weiterentwicklung des europäischen Trägersystems — Ariane 5 mit dem HM-60-Motor —, das zur Einrichtung eines unabhängigen europäischen bemannten Transportsystems führen wird;

2. die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie beim Eintritt in eine notwendige Reorganisationsphase zu unterstützen, um ihre Unabhängigkeit und Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt zu gewährleisten;
3. den Rahmen zu bestimmen, in dem die Zusammenarbeit erfolgen und die Verteidigungsaspekte der europäischen Raumfahrtaktivitäten erörtert und festgelegt werden können;
4. nichtaggressive Anwendungsmöglichkeiten der militärischen Raumfahrttechnologie, zum Beispiel in den Bereichen Nachrichtentechnik, Überwachung und Navigation sowie den Einsatz von Satelliten für das Krisenmanagement und die Verifizierung von Vertragseinhaltungen zu akzeptieren, um die strategische Stabilität in den Beziehungen zwischen den NATO- und den Warschauer-Pakt-Staaten entsprechend der NATO-Erklärung vom 8. Januar 1985 zu stärken;
5. die gemeinsame Forschung auf dem Gebiet eines europäischen Raketenabwehrsystems unabhängig oder im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative fortzusetzen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Staatsministers für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs, Baronin Young

(Themen: die Abrüstungspolitische Lage nach dem Ost-West-Gipfeltreffen im November 1985; Wiederbelebung und Reorganisation der WEU)

Berger (CDU/CSU): Gnädige Frau, als neues Mitglied der Versammlung habe ich den Optimismus bewundert, den Sie hier über die Zukunft der Westeuropäischen Union vorgetragen haben. Das hat, wie ich einräumen möchte, meine Hoffnung verstärkt.

Ich möchte Sie daher fragen: Ist Ihre Regierung bereit, die europäischen Interessen im Zusammenhang mit der **Strategischen Verteidigungsinitiative** zu definieren, die europäischen Optionen zu analysieren und daraus mit den anderen Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union die praktischen Konsequenzen zu ziehen, um auf diese Weise SDI zu einem Gegenstand einer europäisch-transatlantischen Sicherheitspolitik und Zusammenarbeit zu machen, und betrachtet Ihre Regierung die Westeuropäische Union dafür als das geeignete Instrument?

Staatsminister Baronin Young erwiderte, die britische Regierung werde ihre Mitarbeit am SDI-Forschungsprogramm im Rahmen des ABM-Vertrages

in Kürze festlegen. Obwohl nicht alle Mitgliedsländer der WEU gleichartige Standpunkte zu SDI vertreten, seien sowohl die Versammlung als auch die Ministertreffen wichtige Foren für die notwendige Diskussion dieses Themas.

Abg. Gansel (SPD) stellte die Frage, was die britische Regierung unternommen habe, um entsprechend dem Beschluß des Ministerrats der WEU vom 23. April 1985 soweit wie möglich eine mit anderen WEU-Ländern koordinierte Reaktion auf die amerikanische Einladung zur Teilnahme am SDI-Forschungsprogramm zu erzielen.

Staatsminister Baronin Young antwortete, die britische Regierung könne in zweifacher Weise zur Antwort der WEU auf die Einladung zur Teilnahme am SDI-Programm beitragen: durch reguläre Gespräche auf Ministerebene und durch die Arbeitsgruppe der Experten. Diese Möglichkeiten hätten auch andere westeuropäische Regierungen.

Tagesordnungspunkt:

Der Haushalt 1986 der Versammlung

(Drucksachen 1030, 1046, 1048)

Berichterstatter:

Abg. Sir Dudley Smith (Vereinigtes Königreich)

(Wegen Unzufriedenheit über die Behandlung des Haushaltsentwurfs durch den Rat beschloß die Versammlung, nicht über den Entwurf abzustimmen)

Richtlinie 64

betr. den Haushaltsentwurf der Versammlung für das Finanzjahr 1986

Die Versammlung

- (i) hat beschlossen, auf der Dezember-Tagung 1985 nicht über ihren Haushaltsentwurf abzustimmen;
- (ii) stellt fest, daß
 - a) die meisten Haushaltsexperten des Rates die strikte Anwendung des Nullwachstums-Prinzips auf den Haushalt der Versammlung befürwortet haben;
 - b) die Experten nicht berücksichtigt haben, daß durch die Reaktivierung der WEU die Schwierigkeiten, mit denen die Versammlung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bereits konfrontiert war, weiter verschärft wurden, wohingegen sie ihre Absicht unter Beweis stellten, den Auswirkungen der Reaktivierung auf das Generalsekretariat in London Rechnung zu tragen;
 - c) der Rat nicht zum Haushaltsentwurf der Versammlung Stellung genommen hat;
 - d) der vorliegende Haushaltsentwurf je nach Stellungnahme des Rates und spezifischen

Prioritäten unterschiedliche Optionen bietet;

weist den Präsidialausschuß an,

1. mit dem Rat auszuhandeln, daß der Versammlung angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ihr ermöglichen, ihre Funktion in einer reaktivierten WEU zu erfüllen;
2. in Anwendung von Artikel 14 Abs. 2 der Geschäftsordnung die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Haushaltsentwurf der Versammlung zu akzeptablen Bedingungen fertigzustellen.

Tagesordnungspunkt:

Prüfungsbericht über den Haushalt 1984 der Versammlung

(Drucksache 1029)

Berichterstatter:

Abg. Sir Dudley Smith (Vereinigtes Königreich)

Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zu den Haushalten 1984 und 1985 der ministeriellen Organe der WEU

(Drucksache 1031)

Berichterstatter:

Abg. van Tets (Niederlande)

Tagesordnungspunkt:

Entwicklungen in China und europäische Sicherheit

(Drucksache 1035)

Berichterstatter:

Abg. Michel (Belgien)

(Themen: Wirtschaftliche und politische Entwicklung; die militärische Macht Chinas; die chinesische Außenpolitik)

Empfehlung 427

betr. Entwicklungen in China und europäische Sicherheit

Die Versammlung

- (i) berücksichtigt, daß China für das internationale Kräftegleichgewicht und die Aufrechterhaltung des Friedens von großer Bedeutung ist und in naher Zukunft eine noch bedeutendere Rolle spielen wird;
- (ii) vertritt die Auffassung, daß die Interessen Chinas und Westeuropas in vielen Bereichen konvergieren und daß sich dieser Interessengleichklang unabhängig von ideologischen

und institutionellen Unterschieden weiterentwickeln kann;

- (iii) berücksichtigt, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes eines der Hauptziele der chinesischen Regierung darstellt;
- (iv) vertritt die Auffassung, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in Asien und in der Welt eine Voraussetzung für diese Entwicklung darstellt und begrüßt, daß die chinesische Regierung diese Überzeugung ganz offensichtlich teilt;
- (v) begrüßt die rasche Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und jeglicher Art von Handel zwischen China und Westeuropa;
- (vi) bedauert die Entwicklung der Lage in Kambodscha und den Verlust der Unabhängigkeit dieses Landes;
- (vii) ist besonders über die anhaltende sowjetische Besetzung Afghanistans, wo immer noch Massaker an Zivilisten begangen werden;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. alle möglichen Initiativen zu fördern, die zum Ziel haben, auch den Fernen Osten bei den laufenden Verhandlungen über die Verringerung von Nuklearwaffen zu berücksichtigen, um eine Verlagerung der in Europa dislozierten Waffen in diese Region zu verhindern;
2. zu untersuchen und zu bewerten, inwieweit die Beschränkungen des COCOM (Koordinierungsausschuß der NATO für den Ost-West-Handel) die Volksrepublik China in ihrer Weiterentwicklung behindern;
3. die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, die politischen technologischen, wissenschaftlichen, kommerziellen und kulturellen Beziehungen zwischen ihren Ländern und der Volksrepublik China auszubauen, insbesondere durch
 - (i) die Intensivierung des Handels zwischen China und den Ländern Westeuropas;
 - (ii) die Förderung des Studiums der chinesischen Sprache und Kultur in Westeuropa;
 - (iii) die Erleichterung des Kulturaustausches, insbesondere durch die Einrichtung europäischer Kulturinstitute in China.

Tagesordnungspunkt:

Revision und Änderung der Charta und der Geschäftsordnung der Versammlung

(Drucksache 1039)

Berichterstatter:

Abg. Unland (Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Unland (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine beiden Mitbe-

richterstatter haben mich gebeten, angesichts der insgesamt 26 Punkte umfassenden Änderungsvorschläge einige einleitende Bemerkungen für sie mit zu machen und dabei einige vielleicht, besonders wichtige Punkte herauszuheben. Die vorgeschlagenen 26 Änderungen der **Geschäftsordnung** betreffen zu einem sehr großen Teil technische Vorschriften. Ich glaube, ich sollte Sie mit dieser Technik nicht allzusehr belasten. Ich möchte deswegen an vier oder fünf Beispielen etwas Symptomatisches sagen.

Als erstes möchte ich darauf hinweisen, daß wir in der Rule 7 einheitlich festlegen wollen, daß die **Stellvertreter** dieselben Rechte haben wie die Mitglieder. In den Rules sind an verschiedenen Stellen unterschiedliche Regelungen vorgesehen, was immer zu Interpretationsschwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten geführt hat. Wir möchten gern, daß das in Zukunft durch eine einheitliche Vorschrift, die zum Entfallen vieler anderer Vorschriften führen kann, für die Dauer geregelt wird.

Zweitens soll für die Kollegen, die in deutscher, italienischer oder niederländischer Sprache reden, genauso wie für diejenigen, die in englischer oder französischer **Sprache** reden, in Zukunft unmittelbar nach Beendigung einer Sitzung Gelegenheit sein, die stenographische Niederschrift zu bekommen. Sie können dann innerhalb eines Tages nach der Rede Korrekturen vornehmen, so wie es bisher für Reden in englischer und in französischer Sprache vorgesehen ist.

Ein ganz wichtiger Punkt betrifft Rule 28. Wir sind hier, wie ich glaube, zu besseren Definitionen gekommen. Bisher wurden die Begriffe „recommendation“, „resolution“, „opinion“ und „order“ etwas — wie soll ich sagen? — wild durcheinander gebraucht. Man konnte für ein und dasselbe Anliegen verschiedene Formulierungen wählen. Wir waren der Meinung, daß es in Zukunft einheitliche Begriffe für einheitliche Tatbestände geben sollte. Deswegen finden Sie in der neuen Rule 28 am Ende von Abs. 2 ganz genau definiert, daß Empfehlungen oder Stellungnahmen an den Rat gerichtet werden, daß sich Entschlüsse an internationale Organisationen, an Regierungen oder an nationale Parlamente richten, daß Richtlinien an den Präsidenten unserer Versammlung oder an einen Ausschuß gerichtet werden und daß Beschlüsse die Arbeit unserer Versammlung selber betreffen.

Ich glaube, Herr Präsident, ich sollte die Bitte anfügen, daß das Sekretariat unseres Hauses mit allen Dolmetschern, die mit uns zusammenarbeiten, einheitliche Richtlinien festlegen sollte, damit diesen Begriffen in Zukunft in allen Sprachen ganz bestimmte Ausdrücke fest zugeordnet werden.

Ich darf dann auf eine vorgeschlagene Änderung der Rule 35 hinweisen. Hier geht es um Wahlen. Ursprünglich war von uns vorgesehen, daß ein Kandidat für gewählt erklärt wird, wenn es keine anderen Kandidaten und wenn es keine Opposition in der Versammlung gibt. Ich darf dazu einen Änderungsantrag von Lord Hughes vorwegnehmen, dem der Ausschuß heute morgen zugestimmt hat. Wir

möchten die Formulierung „and there is no opposition to it“ streichen. Wir sind der Meinung, es entspricht parlamentarischen Bräuchen, daß, wenn jemand etwas gegen einen Kandidaten hat, er einen zusätzlichen Kandidaten präsentieren und man einen einzigen Kandidaten nicht einer Wahl mit einer möglicherweise damit einhergehenden Verminderung seines Ansehens nach außen aussetzen sollte.

Als letztes möchte ich noch auf die Rule 47 hinweisen, die eine Neuregelung der Position des **Greffiers** enthält. Ich erkläre ausdrücklich, wie ich es auch in den schriftlichen Erläuterungen getan habe, daß diese vorgeschlagene Regelung nur für die Zukunft gelten soll und daß die Person und das Amt des gegenwärtigen Greffiers davon nicht betroffen wird. Wir sind von politischen Überlegungen ausgegangen, und zwar von dem Gedanken einer besseren Zusammenarbeit zwischen Generalsekretariat, Generalsekretär und unserer Versammlung. Wir waren der Meinung, daß man in Zukunft Gelegenheit haben sollte, den Generalsekretär der WEU in dieser Versammlung zu wählen.

Es gibt noch verschiedene Motions, die sich mit dieser Frage befassen und die noch nicht behandelt sind. Aus diesem Grunde hielten wir es für zweckmäßig, daß der Greffier in Zukunft nicht mehr in dieser Versammlung sozusagen als politischer Beamter gewählt wird, sondern im Presidential Committee, wo ja sämtliche politischen Gruppen, alle Ausschußvorsitzenden usw. vertreten sind.

Wir sind zum anderen, und zwar auf Grund eines Beschlusses der Bureaus, der Meinung gewesen, daß die Amtszeit des Clerk — ich ergänze wiederum: nicht unseres heutigen Clerk, sondern eines zukünftigen Clerk — auf fünf Jahre begrenzt werden sollte, wie es bei allen anderen internationalen Spitzenpositionen üblich ist. Ich darf darauf hinweisen, daß auch der Generalsekretär der WEU in London und auch die Leiter der drei Agenturen inzwischen eine Amtszeit von fünf Jahren haben. Es liegt nahe, daß auch unser Clerk in Zukunft mit einer begrenzten Amtszeit — natürlich mit der Möglichkeit der Wiederwahl — rechnen sollte.

In Absatz 3 wird vorgeschlagen, daß der Clerk in der Ausführung seiner Aufgaben dem Präsidenten dieser Versammlung verpflichtet sein soll. Das war bisher nicht vorgesehen. Ich glaube, wir müssen deutlich machen, daß der Clerk verpflichtet ist, dem Präsidenten unserer Versammlung, der uns nach außen hin vertritt, zuzuarbeiten.

Alles andere, was in Rule 47 noch vorgesehen ist, ist im wesentlichen eine Wiederholung der heutigen Regelung.

Verehrte Kollegen, aus den vorgeschlagenen Änderungen der Rules resultiert, daß wir auch einige Bestimmungen der Charter ändern müssen. Wir haben heute den Tatbestand, daß die Charter zum Teil wörtlich identisch ist mit den Rules. Wir waren der Meinung, wenn man die Charter schon ändert, sollte man die Formulierungen künftig etwas kürzer und grundsätzlicher halten. Wir halten nichts davon, daß die Charter wörtlich identisch ist mit den Rules. Deswegen haben wir beispielsweise

auch bei den neuen Vorschriften, die den Clerk betreffen, nur einige sehr kurze Formulierungen für die Änderung der Charter vorgesehen.

Herr Präsident, ich möchte es bei diesen kurzen Einzelheiten belassen. Wir werden im einzelnen noch darauf zurückkommen können.

Vielen Dank.

Dr. Freiherr Spies von Büllersheim (CDU/CSU): Herr Präsident, nach der Einführung, die der Kollege Unland gegeben hat, bedarf es meinerseits nur weniger ergänzender Worte.

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß wir in der Rule 32 die Position des Präsidenten in Bezug auf **Wortmeldungen zur Geschäftsordnung** gestärkt haben. Es ist dort neu vorgesehen, daß die Redezeit bei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung nur eine Minute beträgt und daß außerdem der Präsident im Falle des Mißbrauchs von Wortmeldungen zur Geschäftsordnung die Möglichkeit hat, das Wort nicht zu erteilen oder den Redner sogar von der Debatte auszuschließen.

Zweitens möchte ich auf die Rule 14 verweisen, zu der der Kollege Lord Hughes in seinem Änderungsantrag 4 beantragt hat, daß der **Präsidialausschuß** je ein von den politischen Gruppen zu benennendes Mitglied haben soll. Das soll also institutionalisiert werden. Der Geschäftsordnungsausschuß ist diesem Antrag heute morgen gefolgt.

Ich glaube, es liegt auf der Linie der Geschäftsordnung, daß wir sowohl die Position des Präsidenten als auch die Position des Presidential Committee stärken.

Mit diesen Bemerkungen kann ich schon schließen.

Vielen Dank.

Schulte (Unna) (SPD): — Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir müßten unsere Arbeit jetzt damit beginnen, daß wir aus unserem Dokument 1039 auf Seite 2 die „Draft Resolution on the revision... of the Charter“ aufrufen. Nun ist es kein Geheimnis — denn es steht ausdrücklich in unserer **Geschäftsordnung** —, daß die Charter nur geändert werden kann, wenn die Mehrheit der Mitglieder dieser Versammlung der Änderung zustimmen.

Wenn ich mich aber hier umschaue, habe ich die starke Befürchtung, Herr Präsident, daß die Mehrheit der Mitglieder nicht anwesend ist. Die Herren Berichterstatter zu meiner Rechten sind mit mir der Auffassung, daß es sinnwidrig wäre, nur einige Punkte aus dem Ihnen vorliegenden Dokument zur Änderung unserer Rules aufzurufen und zu verabschieden, weil wir doch den Inhalt des gesamten Dokuments als Einheit ansehen.

Ich habe mehrfach ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Mehrheit der Mitglieder der Versammlung erforderlich ist und daß wir deshalb, wenn wir Änderungen der Charter vornehmen wol-

len, die Beratung und Abstimmung so plazieren müssen, daß die Chance vorhanden ist, diese Mehrheit zu erreichen.

Ich vermute — ich nehme an, zu Recht —, daß viele Kolleginnen und Kollegen an den Überlegungen des Ausschusses zur Revision der Charter und der Rules nicht so intensiv teilgenommen haben. Deshalb möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß insbesondere der ja umstrittene Komplex des **Gref-fier**, der sowohl in der Charter als auch in Rules erscheint, vom Bureau unserer Versammlung vor etwa einem Jahr als höchst eilbedürftig dem Geschäftsordnungsausschuß zur Beratung übergeben wurde und daß wir uns sehr bemüht haben, diese Fragen sorgfältig und gründlich zu klären. Mit dieser Bemerkung möchte ich der Meinung vorbeugen, die vielleicht aufkommen könnte, diese Beratungen seien für die Mitglieder des Ausschusses mit besonderen Lustgefühlen verbunden gewesen. Dies war durchaus nicht so. Wir sind einem ausdrücklichen Auftrag gefolgt, und wir wollten diesen unseren Auftrag erfüllen. Allerdings müssen wir angesichts der Intensität der Arbeit, die wir auf diese Fragen verwandt haben, erwarten, daß das Bureau, d. h. das Präsidium und auch das Presidential Committee, so viel Interesse an unserer Arbeit zeigt, daß uns auch die Durchsetzung der Ergebnisse dieser Arbeit bis hin zum Plenum ermöglicht wird. Diese Chance sehe ich, Herr Präsident, heute morgen effektiv nicht.

Ich bitte Sie, als erstes feststellen zu lassen, wie viele Mitglieder der Versammlung sich in die Anwesenheitsliste eingetragen haben. Denn wenn wir nicht die Charter verabschieden können, hat es auch keinen Sinn, heute morgen die Rules zu beraten.

Danke schön.

(Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Bericht auf Antrag des Ausschußvorsitzenden an den Ausschuß zurückverwiesen)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Außenministers Roland Dumas

(Thema: Die Wiederbelebung der WEU; SDI; EUREKA; Projekte europäischer technologischer Zusammenarbeit; die Genfer Gipfelgespräche der Supermächte)

Äbg. **Gansel** (SPD) fragte, was die französische Regierung unternommen habe, um entsprechend dem Beschluß des Ministerrats der WEU vom 23. April 1985 soweit wie möglich eine mit den anderen WEU-Ländern koordinierte Antwort auf die amerikanische Einladung zur Teilnahme am **SDI-Forschungsprogramm** zu erzielen; und ob es ferner zutrefte, daß französische Firmen bereits seit Monaten an den amerikanischen Forschungsprogrammen beteiligt seien.

Außenminister **Dumas** wies auf die Bildung der Expertengruppe der WEU zum Studium der SDI-Frage

hin sowie auf deren ersten Bericht, der ein Zeugnis für die Nützlichkeit vertiefter Konsultationen zwischen den Bündnispartnern sei, gerade weil eine gemeinsame Antwort nicht in Aussicht stünde. Bei einer differenzierteren Betrachtungsweise dieser Frage müsse man beispielsweise feststellen, daß zwar die französische Regierung auf den amerikanischen Vorschlag negativ geantwortet, gleichzeitig aber der französischen Industrie völlige Freiheit gelassen habe, Forschungs- und Herstellungsabkommen im SDI-Bereich abzuschließen. Sie sei nicht einmal genau informiert über den Stand derartiger Verhandlungen.

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Minister, gestatten Sie, daß ich meine Frage in Deutsch stelle. Nachdem ihre einführenden Worte, auch über die Bedeutung der Westeuropäischen Union, für schmerzende Seelen sehr viel Trost gesendet haben, hören wir die Botschaft, und wir hoffen, daß wir ihr glauben können. Denn gerade diese Sitzung hat bewiesen, daß die Westeuropäische Union von dem, was auch die französische Regierung in ihr verwirklichen möchte, praktisch noch meilenweit entfernt ist. Insofern hoffe ich, daß Ihre Worte zu besseren Resultaten in der politischen Umsetzung führen werden.

Meine Frage schließt an die von Herrn Gansel an: Welches Gremium wird Ihres Erachtens in den nächsten Jahren das entscheidende Gremium sein hinsichtlich des Fortgangs der **SDI-Forschung**, der späteren Umsetzung, also für die konsultative Beratung? Könnte es vielleicht gerade die Westeuropäische Union sein, die zwischen den USA und Europa auf diesem Sektor die verteidigungspolitischen Fragen berät? Und sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß es auch für die französische Regierung, wenn sich auch Ihre Industrie wirklich, wie Sie soeben zumindest angedeutet haben, immer stärker an der Forschung beteiligt, irgendwann einmal unausweichlich sein wird, Rahmenverträge abzuschließen, die weit über das hinausgehen, was Sie im Moment noch vermeiden zu können glauben?

Außenminister **Dumas** erklärte, die WEU sei nach französischer Auffassung zweifellos ein geeigneter Rahmen zur Erörterung der SDI-Frage. Allerdings solle sie sich angesichts ihrer viel umfassenderen Zuständigkeiten nicht auf dieses Thema spezialisieren. Hinsichtlich der Beteiligung französischer Firmen an SDI gelte selbst für den im öffentlichen Besitz befindlichen Industriesektor die bereits dargestellte Vertragsfreiheit. Dies stehe nicht in Konflikt mit der Haltung der Regierung, keine Regierungsvereinbarungen abzuschließen, keine öffentlichen Mittel für SDI einzusetzen und sich nicht an der entsprechenden strategischen Politik zu beteiligen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des italienischen Außenministers Giulio Andreotti

(Themen: Die politische Lage nach dem Genfer Gipfelgespräch der beiden Supermächte; SDI; der Haushalt der Versammlung)

Gansel (SPD): Herr Minister, ich möchte mich für Ihren ungewöhnlich informativen und interessanten Bericht bedanken. Ich würde dem Niveau des Berichtes nicht gerecht werden, wenn ich an Sie die gleiche Frage richten würde, die ich Baroness Young und Monsieur Dumas gerichtet habe, aber auch Sie haben in Ihrem Referat auf den **Bericht der WEU-Arbeitsgruppe zu SDI** hingewiesen und haben in diesem Zusammenhang erläutert, warum die WEU nicht zu der im April in dem Kommuniqué von Bonn angekündigten gemeinsamen Antwort auf das Angebot des amerikanischen Verbündeten gekommen ist. Monsieur Dumas hat mich auf diesen Bericht verwiesen und gesagt, man könne diesen Bericht einsehen. Ich möchte nun Sie als den Vertreter des Ministerrates bitten, dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlung diesen Bericht erhält und zur Kenntnis nehmen kann.

Außenminister Andreotti antwortete, er sehe keinen Hinderungsgrund, der Versammlung den Bericht zugänglich zu machen.

Berger (CDU/CSU): Herr Minister, ich möchte Ihnen gern eine Frage stellen, die ich gestern auch Lady Young gestellt habe und die heute vormittag mein Freund Peter Kittelmann Ihrem französischen Kollegen Dumas gestellt hat. Wir haben in unserer gestrigen Debatte übereinstimmend festgestellt, daß die europäischen Interessen an der **Strategischen Verteidigungsinitiative** nicht analysiert sind, daß wir keine umfassende Darstellung der europäischen Opposition zu dieser amerikanischen Initiative haben. Ich möchte Sie daher fragen, ob Ihre Regierung bereit ist, die europäischen Interessen an der Strategischen Verteidigungsinitiative zu definieren, die möglichen Optionen, die wir dazu haben, zu analysieren und daraus mit den anderen westeuropäischen Bündnispartnern die notwendigen praktischen Konsequenzen zu ziehen. Ich möchte Sie fragen, ob Ihre Regierung bereit ist, dies dann zum Gegenstand einer europäisch-transatlantischen Zusammenarbeit zu machen, und ob Sie — das möchte ich noch einmal auf den Punkt bringen — die Westeuropäische Union als die dafür geeignete Einrichtung ansehen.

Außenminister Andreotti antwortete, die italienische Regierung sei mit dieser Frage befaßt und werde ihre Ergebnisse der Versammlung zur Kenntnis geben.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des italienischen Verteidigungsministers Giovanni Spadolini

(Themen: die Wiederbelebung der WEU; die sicherheitspolitische Lage in Europa nach dem Genfer Gipfeltreffen der beiden Supermächte)

Berger (CDU/CSU): Herr Minister, Sie haben in Ihrem Vortrag und auch jetzt in vielen Ihrer Antworten festgestellt, daß die europäischen Interessen

und die — wie ich das mit meinen Worten sagen möchte — europäischen Optionen im Zusammenhang mit der Strategischen Verteidigungsinitiative noch nicht genügend definiert seien. Ich teile Ihre Meinung, daß dies geschehen muß. Sie haben jetzt in diesem Zusammenhang mehrmals auch die Westeuropäische Union genannt und anerkannt, dies sei ein Forum, auf dem man diese Fragen hätte diskutieren können. Ich möchte in meine Frage die Westeuropäische Union und ihre Einrichtungen, ihre Institutionen ausdrücklich einbeziehen: Sind Sie der Meinung, daß die **Westeuropäische Union** mit ihren Einrichtungen und Institutionen ein geeignetes Forum ist, um eine gemeinsame europäische Haltung zur **Strategischen Verteidigungsinitiative** aufzuarbeiten, die zu einem gemeinsamen europäischen Dach führen könnte, um auf diese Weise in einem transatlantischen Sicherheitskomplex die europäische Haltung und die Haltung der Vereinigten Staaten hier zusammenzufügen? Sind Sie, wie gesagt, der Meinung, daß wir dies hier in der Westeuropäischen Union am besten betreiben können?

Verteidigungsminister Spadolini gab in seiner Antwort der Hoffnung Ausdruck, die WEU werde sich zu einer Institution entwickeln, die in der Lage sei, die vom Fragesteller bezeichnete Rolle zu spielen.

Gansel (SPD): Herr Minister, Sie haben an die Rolle Helmut Schmidts bei den **eurostrategischen Raketen** erinnert. Darf ich Sie daran erinnern, daß Helmut Schmidt 1977 seinen Verstoß gemacht hat, weil er die Sicherheit Westeuropas in doppelter Hinsicht gefährdet sah, erstens durch die Aufstellung der sowjetischen SS-20-Raketen, zweitens durch ihre Nichtberücksichtigung bei den Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA im Rahmen des SALT-Prozesses? Helmut Schmidt hat deshalb auch darauf gedrungen, daß der NATO-Doppelbeschluß einen Rüstungs- und einen Verhandlungsteil enthielt. Deshalb hat sich Helmut Schmidt so erbittert gezeigt, daß die amerikanische Regierung ihn nicht über die Möglichkeit informierte, zu einem Verhandlungsergebnis auf der Basis des Waldspazierganges zu kommen.

Die Europäer haben nicht selbst Raketen aufgestellt. Sie haben auch nicht selbst verhandelt. Das Ergebnis war: weitere Aufrüstung im Osten, weitere Aufrüstung im Westen; heute ist durch Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen die Situation in Europa gefährlicher als zuvor; Abbruch von Verhandlungen und jetzt endlich Wiederaufnahme.

Helmut Schmidts Vorstoß beruhte im Grunde genommen auf dem Zweifel an der „extended deterrence“ militärisch und geographisch in Bezug auf Westeuropa.

Wir erleben augenblicklich sehr nachdenkliche Minister: Geoffrey Howe, Genscher, Dumas, Andreotti, Sie. Die Minister sprechen in den parlamentarischen Versammlungen anders, als wir es früher gehört haben. Liegt es daran, daß wir beginnen, zu spüren, daß es uns nicht wieder gelingen wird, un-

ter den Zipfel des Schutzmantels der Vereinigten Staaten zu schlüpfen? Beginnen wir zu erkennen, daß SDI nicht erst als Realität, sondern schon als Idee deutlich gemacht hat, daß sich die amerikanische Haltung zum Schutz Westeuropas verändert hat? Bedeutet nicht SDI in einer Situation nach dem NATO-Doppelbeschluß, auf dem Höhepunkt von Ost-West-Spannung, ohne Konsultation mit den europäischen Partnern und bei allen sonstigen Gefahren, die Sie und Ihre Kollegen sehr wohl sehen, daß sich in den USA so viel geändert hat, daß die Europäer fundamental herausgefordert sind, sich über die Gewährung ihrer Sicherheit sowohl im militärischen wie im Rüstungskontrollpolitischen Bereich Gedanken zu machen? Und bedeutet auch Ihre Nachdenklichkeit, daß wir beginnen, das Problem zu sehen, aber noch nicht sicher sind, ob wir die Kraft haben, zu einer eigenständigen westeuropäischen Antwort zu kommen, die es uns ermöglicht, uns auch politisch zwischen den Supermächten zu behaupten?

Verteidigungsminister Spadolini erklärte seine hohe Wertschätzung des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt. Er wies darauf hin, daß Italien als erstes europäisches Land der Stationierung von Mittelstreckenraketen auf seinem Boden zugestimmt und mit diesem Schritt der Bundesrepublik Deutschland dieselbe Entscheidung erleichtert habe. Die Frage der Euroraketen sehe er gegenwärtig als weniger gefährlich an; sie stünden im Kontext des Gleichgewichts zwischen den Blöcken.

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Minister, Sie haben in Ihrer breit angelegten und umfassenden Rede auch die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß es gegen Ende dieses Jahrhunderts zu einer umfassenden Abrüstung auf beiden Seiten kommen könnte, und Sie haben jetzt eben in Ihren letzten Worten darauf noch einmal bezug genommen. Wir alle möchten diese Hoffnung mit Ihnen teilen. Aber unser Problem besteht ja darin, daß wir die ungeheure weltpolitische Aggressivität der sowjetischen Politik vor Augen haben, einer Politik, deren gefährliche Tendenzen sich am deutlichsten in dem Vorgehen der Sowjetunion gegen das kleine und wahrhaftig nicht aggressive afghanische Volk zeigen, ein Vorgehen, das nicht nur Völkermord darstellt, sondern das auch — und dies sage ich bewußt in Abgrenzung zu meinem Kollegen Gansel — 1979 die Entspannungspolitik in der Welt abrupt beendet hat und die Politik dieser Welt wieder in kältere Zonen zurückgeführt hat.

Nun haben die Gespräche in Genf, Herr Minister, über die Sie gesprochen haben, auch eine Andeutung verlauten lassen, daß sich in **Afghanistan** etwas ändern könnte und daß die Sowjetunion hier möglicherweise neue Überlegungen anstellt. Ich möchte Sie fragen: Besitzt Ihre Regierung, besitzen Sie Hinweise darauf, daß es sich hier um mehr als um bloße Andeutungen, bloße Mutmaßungen, bloße Hoffnungen handelt? Gibt es Hinweise darauf, daß die sowjetische Regierung ernsthaft überlegt, in Afghanistan einen anderen Weg einzuschlagen, daß sie auf eine politische Lösung umschwenken

könnte und ihre schreckliche militärische Invasion, die inzwischen bald eine Million Menschenleben gekostet hat, einstellen könnte?

Verteidigungsminister Spadolini verwies auf die Abhängigkeit einer politischen Lösung in Afghanistan vom Fortgang des in Genf begonnenen Entspannungsprozesses. Nur durch geduldige Bemühungen um Entspannung zwischen den Supermächten könne eine Lösung des Afghanistanproblems Wirklichkeit werden.

Tagesordnungspunkt:

Das europäische Jagdflugzeug für die neunziger Jahre

(Drucksache 1037)

Berichterstatte:

Abg. Wilkinson (Vereinigtes Königreich)

(Themen: Projekterfordernisse; Beschaffungslage in den einzelnen Ländern; industrielle Kooperation)

Zierer (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig und von außerordentlicher Bedeutung, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung Italiens, Spaniens und Großbritanniens für ein gemeinsames **europäisches Jagdflugzeug** ausgesprochen haben. Allein die ständig steigenden Kosten für Entwicklung, Bau und Unterhalt von neuen Waffensystemen erzwingen geradezu eine engere Kooperation. Schon beim Panavia-Jäger „Tornado“ beläuft sich der Systempreis heute auf 70 Millionen DM. Neue Waffensysteme — in erster Linie fliegende Waffensysteme — laufen Gefahr, schlichtweg unbezahlbar zu werden. Eine wirksame und glaubwürdige Abschreckung verlangt aber eine Wehrtechnik, die auf der Höhe der Zeit ist. Eine Zusammenarbeit ist daher das Gebot der Stunde; sie ist also dringend erforderlich.

Besonders möchte ich die Ziffer 6 der Empfehlung des Kollegen Wilkinson unterstreichen, in der die Forderung nach verbesserter **Interoperabilität** und **Standardisierung** von Waffensystemen erhoben wird. Würde nämlich derzeit der Verteidigungsfall eintreten, wäre mit nicht geringen Schwierigkeiten, z.B. in der Munitionsversorgung, bei der Wartung, bei Reparaturen ebenso wie in der Logistik, durch diese Vielfalt unserer derzeitigen europäischen Waffensysteme zu rechnen. Auch auf diesem Gebiet müssen wir bald zu einer Angleichung und engen Abstimmung kommen.

Ich komme noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen und stelle die Frage: Können wir Europäer bei der Entwicklung und Herstellung von Waffensystemen überhaupt noch eine selbständige Rolle spielen, oder müssen wir dieses Feld ausschließlich den USA überlassen? Dadurch ergibt sich für uns als europäische Bündnispartner eine nicht geringe Abhängigkeit von den USA. Auch die Auswirkungen der Militärtechnologie auf den zivilen Techno-

logiesektor — ich meine hier die Spin-off-Effekte, die zivilen Abfallprodukte militärischer Forschung und Entwicklung — dürfen nicht unterschätzt werden. Außerdem werden durch die Entwicklung und Herstellung von Waffensystemen auch neue Arbeitsplätze geschaffen und bisherige erhalten.

Wir wollen uns aber deswegen von den USA weder wirtschaftlich noch militärisch lossagen. Aber es ist höchste Zeit, daß wir uns der eigenen, der europäischen Kräfte besinnen, wenn nicht das von den Computerspielen her bekannte „game over“ — das Spiel ist aus — für uns Europäer im gesamten High-tech-Forschungsbereich harte Realität wird.

Ich unterstütze auch den Hinweis des Kollegen Wilkinson in seinem Bericht auf das Vorbild der europäischen Airbus-Industrie, die das amerikanische Boeing-Monopol nahezu gebrochen hat. Sie wissen das.

Genauso, meine Damen, meine Herren, halte ich es für notwendig, europäische wehrtechnische Produkte stärker in die europäischen Verteidigungsinstrumente, über das taktische Kampfflugzeug 90 hinaus, einzuführen, damit nicht weiter bedeutende Mittel unseren nationalen Volkswirtschaften entzogen werden. Dies könnte nicht in unser aller Interesse sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der Meinung — ich betone das —: Wir Europäer müssen wach werden. Wir müssen uns technologisch behaupten. Die Gemeinschaftsproduktion des TKF 90, des taktischen Kampfflugzeugs der 90er Jahre, wird auch ein Beweis für die europäische Selbstbehauptung sein.

Ich bedanke mich.

Gansel (SPD): Herr Vorsitzender, da meine Freunde aus der SPD nicht mehr an der Abstimmung teilnehmen können, möchte ich drei kurze Bemerkungen machen. Wir bedanken uns für die gründliche Arbeit von Mister Wilkinson, wir stimmen seiner Empfehlung in vielen Punkten zu, wir unterstützen das Ziel der Harmonisierung und Standardisierung. Wir möchten aber darauf hinweisen, daß wir nicht davon überzeugt sind, daß es unabänderlich feststeht, den Typ F 16 zu ersetzen, wie es in der Ziffer 4 der Empfehlungen vorgeschlagen ist. Wir sind auch der Meinung, daß die europäische Rüstungszusammenarbeit nicht den Waffenexport als Ziel haben sollte, nicht die weltweite Behauptung, wie es in Ziffer 8 der Präambel dargestellt ist. Wir sind der Meinung, daß unsere Rüstungsindustrien sozusagen bedrohungsgerecht sein müssen, aber nicht auf den Export hin orientiert sein dürfen.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß meine Fraktion im Deutschen Bundestag die endgültige Entscheidung zum **Jäger 90** erst fällen wird, wenn die Konzeptionsphase abgeschlossen ist. Da im Text von der Projektdefinition die Rede ist und unklar ist, worin die Unterschiede oder Übereinstimmungen bestehen, möchte ich das hiermit noch einmal deutlich gemacht haben.

Danke sehr.

Empfehlung 431

betr. das europäische Jagdflugzeug für die neunziger Jahre

Die Versammlung

- (i) begrüßt den Beschluß der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, Italiens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs mit der Projektdefinition für ein gemeinsames europäisches Jagdflugzeug zu beginnen, um den operativen Erfordernissen ihrer Luftstreitkräfte ab Mitte der 90er Jahre zu entsprechen;
- (ii) versteht die Gründe, die die französische Regierung bewogen haben, sich um die Beschaffung eines aus dem Prototyp Rafale hervorgegangenen Flugzeugs zu bemühen, mit dem die französische Luftwaffe und Marine in den 90er Jahren ausgerüstet werden sollen;
- (iii) berücksichtigt, daß die Mitglieder des westlichen Bündnisses die ihnen für Verteidigungszwecke zur Verfügung stehenden Ressourcen so wirkungsvoll wie möglich einsetzen müssen;
- (iv) ist sich bewußt, daß diese Versammlung wiederholt an die Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union appelliert hat, die Interoperabilität und Standardisierung ihrer Ausrüstung zu verbessern;
- (v) erinnert daran, daß auf dem Kolloquium der WEU über internationale Luftfahrtkonsortien, das 1981 in London stattfand, ein politischer Impuls für eine verstärkte Rationalisierung und verbesserte Zusammenarbeit der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie gegeben wurde;
- (vi) ist sich bewußt, daß derzeit im Einsatz befindliche Flugzeuge wie beispielsweise die Typen Jaguar, Alpha-Jet, Atlantic, Transall und Tornado bereits gezeigt haben, daß eine Zusammenarbeit bei der Herstellung und die gemeinsame Beschaffung industrielle, logistische und militärische Vorteile bieten, obwohl es in den einzelnen Fällen unterschiedliche Arten der Zusammenarbeit und der Projektplanung und -durchführung gegeben hat;
- (vii) ist bestrebt, die gouvernementalen und industriellen Strukturen zu reformieren mit dem Ziel, die operativen Erfordernisse zu harmonisieren, Zeitpunkt und Art der Neuausstattung mit Gerät zu koordinieren und innerhalb der WEU-Mitgliedsländer vorhandene industrielle Leistungsfähigkeit auf der Grundlage der Zusammenarbeit zu nutzen;
- (viii) ist überzeugt, daß solche Reformen immer dringender erforderlich werden, um den westeuropäischen Bedarf an Militärflugzeugen zu angemessenen Kosten zu decken und um im Wettbewerb mit den amerikanischen Herstellern sowohl auf dem NATO-Markt als auch

weltweit als ebenbürtiger Partner auftreten zu können;

- (ix) nimmt zur Kenntnis, daß Frankreich in Bonn den vier Ländern, die die Entwicklung des europäischen Jagdflugzeuges beschlossen haben, Vorschläge über eine Beteiligung an beiden Jagdflugzeugprogrammen unterbreitet hat, und nimmt ferner den an die Unabhängige Europäische Programmgruppe gerichteten Vorschlag zur Kenntnis, die Möglichkeit der Koordinierung aller Militärflugzeugprogramme in Erwägung zu ziehen;
- (x) ist der Ansicht, daß der WEU und besonders ihrer Versammlung bei der Überwindung rein nationaler Interessen und der auf übersteigerten Patriotismus zurückzuführenden politischen Hindernisse auf dem Weg zur westeuropäischen Integration im Bereich der Beschaffung und Herstellung von militärischer Spitzentechnologie-Ausrüstung eine ausschlaggebende Rolle zukommt;

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Mitgliedstaaten dringend aufzufordern:

1. sicherzustellen, daß die Unabhängige Europäische Programmgruppe der Versammlung der WEU regelmäßig die Protokolle ihrer Arbeitssitzungen übermittelt, damit die Mitglieder der Versammlung die Fortschritte im Bereich der westeuropäischen Rüstungszusammenarbeit besser verfolgen können;
2. den Anträgen auf Mitgliedschaft in der WEU zuzustimmen, die von Nichtmitgliedsländern wie Portugal und Spanien gestellt worden sind oder möglicherweise in Zukunft gestellt werden, mit dem Ziel, sowohl die politische als auch die industrielle Integration im Bereich der westeuropäischen Verteidigung zu fördern;
3. die bei der Durchführung früherer internationaler Kooperationsprojekte in der Luft- und Raumfahrt gewonnenen Erfahrungen, insbesondere bei dem von Panavia hergestellten Tornado, voll zu nutzen, wenn über die für das europäische Jagdflugzeug seitens der Regierungen und der Industrien zu schaffenden Verwaltungsstrukturen entschieden wird;
4. die Regierungen Frankreichs einerseits und der vier am Konsortium für das europäische Jagdflugzeug (EJF) beteiligten Länder andererseits aufzufordern, Belgien, Dänemark, die Niederlande und Norwegen zu ersuchen, sich an der Herstellung der jeweils von ihnen entwickelten Jagdflugzeuge zu beteiligen und diese für ihre Streitkräfte zu beschaffen, um den Typ F-16 Ende der neunziger Jahre zu ersetzen;
5. die französischen Vorschläge über eine 5- bis 10prozentige Beteiligung Frankreichs am EJF-Konsortium sowie über die Beteiligung der vier EJF-Partnerländer an dem Flugzeug-Programm, das auf dem Prototyp Rafale basiert, zu berücksichtigen;

6. sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß bei der Definition, Entwicklung, Produktion und Beschaffung anderer für die westeuropäischen Luftstreitkräfte bestimmten Militärflugzeuge und insbesondere eines Mehrzweckflugzeugs für Aufgaben wie Transport, Aufklärung auf See und Auftanken in der Luft in gleicher Weise zusammengearbeitet wird;
7. die am EJF-Konsortium beteiligten Länder zu bewegen, die Waffensysteme und Ausrüstungsgegenstände, die in das europäische Jagdflugzeug integriert werden sollen, weitestgehend zu standardisieren, um die Interoperabilität des Flugzeugs zu erhöhen und seine logistische Unterstützung zu erleichtern;
8. Gespräche sowohl im Rahmen der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe als auch auf der Ebene der in Frage kommenden Industrieunternehmen einzuleiten, mit dem Ziel, das EJF-Konsortium nach dem Vorbild der Airbus-Industrie zu einer dauerhaften Einrichtung auf dem Industriesektor zu machen, die eine Familie von Militärflugzeugen herstellen könnte.

Tagesordnungspunkt:

Parlamente, öffentliche Meinung und Verteidigung

(Drucksache 1038)

Berichterstatter: Abg. Eysink (Niederlande)

(Themen: die Aufgabe der WEU-Parlamentarier in Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten gegenüber der Öffentlichkeit; die Möglichkeiten, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten zu lenken; Tätigkeit des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit)

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident, ich möchte das Petition von Frau Knight nachdrücklich unterstützen. Wir haben uns im Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit intensiv auf diese Debatte vorbereitet. Herr Kollege Eysink hat einen Bericht ausgearbeitet. Er hat sich viel Mühe gegeben, und wir haben diesen Bericht in gemeinsamen Sitzungen einstimmig verabschiedet.

Nun stehen wir heute, zu einem Zeitpunkt, wo wir dachten, die Beratung werde abgeschlossen sein, vor dem Nichts. Unsere Arbeit, die wir für den heutigen Tag geleistet haben, kann nicht zum Erfolg führen: Die Kolleginnen und Kollegen haben den Saal verlassen. Es ist kein Quorum mehr für die Abstimmung vorhanden. Und das, was wir den Kolleginnen und Kollegen sagen wollten, kann Ihnen nicht gesagt werden.

Es ging hier um die Verbesserung der Arbeit in der WEU, um eine Fortsetzung dessen, was die Minister vor einem Jahr in Rom beschlossen hatten. Wir wollten einen Meilenstein setzen. Das können wir jetzt nicht, und das ist tief bedauerlich.

Ich bitte Sie, Herr Präsident — ich werde das heute nachmittag in Stellvertretung von Frau Knight auch im Präsidentenausschuß sagen —, dafür Sorge zu tragen, daß wir uns organisatorisch besser abstimmen, daß wir koordinieren, damit die Zeit nicht mit überflüssigen Dingen verplempert wird, wenn noch ein wichtiger Bericht ansteht, und wir dann schließen müssen und für diesen Bericht dann

keine Zeit mehr haben. Bitte sorgen Sie auch dafür, daß wir bei der nächsten Sitzung unseren Bericht zu einem besseren Termin vortragen und unterstützen können.

Schönen Dank, Herr Präsident.

(Die Versammlung verwies den Bericht zurück an den Ausschuß)